Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zł, monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 149. Bromberg, Sonntag den 3. Juli 1932. **56. Jahrg.**

Frankreichs Sorgen.

Von Dr. R. Ling-Paris.

Die Berichte aus Genf sprechen bekanntlich sehr häufig von angeblichen französischen Vorschlägen und, wenn sie sehr ausführlich sind, von gewissen Anregungen, die nach französischer Darstellung ein Zugeständnis an die Welterfordernisse und den Friedenswillen sein sollen. Dazu gehört die Erklärung, die Heeresausgaben kürzen und damit ein Vorbild schaffen zu wollen. In Wahrheit steht es aber ganz anders um diese angeblichen Zugeständnisse. Es klingt zwar recht schön, wenn im Interesse des Friedens die Heeresausgaben herabgesetzt werden sollen, aber nicht diese Friedensbereitschaft, sondern bittere Notwendigkeit und die leeren Kassen des französischen Staatsschatzes sind die eigentlichen Gründe. In den Kellern der Bank von Frankreich liegt zwar sehr viel Gold, aber der Staat selbst hat kein Geld. Er mußte sogar soeben einen Pump bei den Großbanken anlegen, um über die Kassenebbe hinwegzukommen. **In Wahrheit kann Frankreich die bisher gemachten Ausgaben für seine Rüstungen einfach nicht mehr fortsetzen.** Offiziell betragen die Ausgaben rund 12 Milliarden Franken, also 2 Milliarden Mark; das ist an sich schon eine ungeheure Summe, aber in Wirklichkeit belaufen sie sich auf mindestens 16 Milliarden Franken, da eine ganze Reihe von Posten nicht im eigentlichen Heeresetat, sondern versteckt in anderen Etats untergebracht ist.

So gewaltige Summen übersteigen auch das Vermögen Frankreichs; es ist zu sofortigen Kürzungen genötigt, wenn es seinen Haushalt auch nur einigermaßen in Ordnung bringen will. Frankreich will einfach aus der Not eine Tugend machen und die unumgänglichen Herabsetzungen zu einem politischen Schacher benutzen, um nach außen hin eine vermeintliche Opferwilligkeit vorzutäuschen. Von besonderen Opfern kann aber keine Rede sein: mit oder ohne Genf müssen die Einschränkungen, und zwar unverzüglich, vorgenommen werden. Ihre Notwendigkeit wird noch klarer, wenn man bedenkt, daß der gesamte Fehlbetrag im Haushalt am Ende des Jahres mindestens 6 Milliarden Franken erreichen wird. Er ist zum großen Teil auf die zügellose Wirtschaft Tardieus zurückzuführen, der den französischen „Verbündeten", hauptsächlich Rumänien und Südslawien, immer wieder und sehr bedeutende Summen lieh, nur um sich ihre Unterstützung auf allen internationalen Konferenzen zu sichern. Unter Poincaré war vor einigen Jahren ein Staatsschatz von 5 Milliarden Franken in bar vorhanden, heute steht dem ein Fehlbetrag von 6 Milliarden gegenüber!

Das ist die eine der wirklichen Ängste Frankreichs. Nun wird bekanntlich in Genf auch sehr heftig um Herabsetzung der stehenden Heere gekämpft. Schon wird wieder ein vermeintliches Zugeständnis Frankreichs angekündigt, aber auch hier trägt es nur einer Notwendigkeit Rechnung. **In zwei Jahren werden sich die Folgen des Geburtenausfalls der ersten Kriegsjahre bemerkbar machen.** Von 1934 an kann Frankreich für eine ganze Reihe von Jahren nur viel weniger Rekruten zur militärischen Dienstpflicht aufrufen als heute. Der Ausfall wird mindestens 35 000 bis 40 000 Mann im Jahr betragen und es ist undenkbar, daß er etwa durch eine Heraufsetzung der einjährigen Dienstzeit ausgeglichen werden könnte. Solche Gedanken hatte wohl der verstorbene Deutschenfresser Kriegsminister Maginot hegen können, aber jetzt sind sie nicht mehr durchführbar. Auch hier ist Frankreich, ob es will oder nicht, zu Maßnahmen gezwungen, die unabhängig von Genf getroffen werden müssen. Wenn Paul-Boncour in Genf von „Entgegenkommen" auf diesem Gebiet reden sollte, so wäre auch das nur Schein, durch den man sich nicht täuschen lassen darf.

Drittens bleibt die Kapitalfrage Frankreichs zu erörtern. **Das ewige Gerede von der „Sicherheit" hat eine unvorhergesehene Wirkung in Frankreich selbst gehabt, indem die Sparer, Banken und Finanzleute so große Angst bekommen haben, daß sie überhaupt nicht mehr ausleihen, nicht einmal mehr an die eigene Wirtschaft.** Da die eigene Regierung ihnen immer wieder von vermeintlichen Gefahren und Störungen der Ruhe Europas gesprochen hat, so haben sie ungeheure Summen in Bankdepots, in den Sparkassen und selbst zu Hause angehäuft, anstatt sie in französischen Industriewerten anzulegen. Die Folge ist ein immer drückenderer Kapitalmangel der französischen Wirtschaft, der mindestens ebenso schwere Folgen hervorgerufen hat wie die Weltwirtschaftskrise. Es ist daher sehr bezeichnend, daß jetzt nicht etwa von extremen Linksparteien, sondern ausgerechnet von Finanz- und Wirtschaftskreisen ein Druck auf die Regierung zu entgegenkommenderer Haltung in Lausanne ausgeübt wird, damit endlich einmal Ruhe eintritt und die französischen Kapitalisten wieder Vertrauen fassen können.

So steht es in Wahrheit um Frankreich, wenn man hinter die Kulissen blickt. Es wäre zwar übertrieben, von einem „Koloß auf tönernen Füßen" zu reden, **aber daß diese Füße weniger fest stehen, als es aussieht, ist unleugbar.**

Noch keine Entscheidung in Lausanne.

Deutschland für Vertagung.

Lausanne, 2. Juli. (PAT.) Gestern vormittag fand eine Unterredung Macdonalds mit dem Reichskanzler von Papen statt, in deren Verlauf Reichskanzler von Papen dem englischen Ministerpräsidenten die Mitteilung machte, daß er von Berlin noch keine Richtlinien bezüglich der Rückversicherungsklauseln besitze, welche die Tributgläubiger von Deutschland für den Fall fordern, daß die Vereinigten Staaten auf ihren Forderungen bezüglich der Rückzahlung der Schulden bestehen würden. Reichskanzler von Papen sprach die Bitte aus, ihm die endgültigen Vorschläge der Gläubigermächte mitteilen zu wollen. Das Reparationskomitee hat den ganzen Vormittag über an der Festlegung der endgültigen Vorschläge gearbeitet und seine Arbeiten am Nachmittag fortgesetzt. Die deutschen Delegationsmitglieder nahmen an dieser Arbeit nicht teil. **Von seiten der deutschen Delegation wird offen der Wunsch zur Vertagung der Entscheidung über die Reparationsfrage bis nach den Reichstagswahlen ausgesprochen.**

Der Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur bemerkt hierzu, daß der Grund der deutschen Forderungen in der Überzeugung liegt, daß infolge der englisch-französischen Annäherung in Fragen der Reparationen eine Entscheidung nicht nach dem Wunsche Deutschlands ausfallen könne, und daß Reichskanzler von Papen — seinen eigenen Worten zufolge — keineswegs wünsche, mehr Entgegenkommen als Dr. Brüning zu zeigen.

Das deutsche „Nein"!

Lausanne, 2. Juli. (PAT.) **Reichskanzler von Papen und Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk erklärten Macdonald gegenüber, daß Deutschland nicht die Möglichkeit habe, einen Vorschlag der vorläufigen Reparationsregelung anzunehmen, besonders dann, wenn die Verwirklichung eines solchen Vorschlages erst von der Allgemeinregelung der internationalen Schuldenfragen abhängig gemacht werden solle.**

Die deutschen Argumente.

Die **Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz** schreibt in einem aus Lausanne datierten Artikel: Trotz der wenig optimistischen Stimmung besteht Übereinstimmung darin, daß die deutschen Argumente gegen die Aufrechterhaltung von Reparationen in irgendeiner Form sehr stark sind und sich nachgerade klar herauskristallisiert haben.

Es handelt sich nicht darum, daß sich Deutschland unter Ausnutzung einer besonderen Weltlage in einseitigen Vorteilen eine Befreiung von seinen Kriegstributen schaffen möchte. Das **weltwirtschaftliche Verantwortungsbewußtsein Deutschlands** spielt hier eine entscheidendere Rolle. Die Argumente sind unabweisbar. Bisher sind die Reparationen immerhin doch zuerst aus den großen und bereitwillig gewährten Auslandskrediten und dann aus der eben durch den Zwang dieser Verpflichtungen entstandenen Vermehrung des Außenhandels mit seiner zeitweilig beträchtlichen, aber ungesunden Aktivität geflossen. Woher sie jetzt oder in Zukunft kommen sollen, hat uns noch kein Mensch zu sagen vermocht.

Alle französischen Argumente, die an Stelle effektiver deutscher Leistungen wenigstens den theoretischen Druck einer fortbestehenden, irgendwie später zu leistenden Verpflichtung aufrechterhalten, sind völlig sinnwidrig. Weder läßt sich eine Vergleichung der deutschen und der fremden Staatsschulden heranziehen, nachdem die in der ganzen Weltgeschichte unbekannte Vermögensabgabe des ganzen deutschen Volkes durch die Inflation vollzogen worden ist, noch läßt sich der deutsche Produktionsapparat losgelöst von der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtlage Deutschlands im Sinne der französischen Argumente bewerten. **Daß die Deutschen 315, die Franzosen nur 19 Mark Auslandsschulden pro Kopf der Bevölkerung haben,** ungerechnet die Reparations- und anderen politischen Schulden, wird bei dieser Rechnung gleichfalls vergessen. Überdies sind auch die privaten Auslandsschulden indirekt mit etwa drei Fünfteln wieder dazu verwendet worden, um als Reparationen transferiert zu werden.

Ein sehr starkes Argument gegen den Versuch, eine solche Verpflichtung zu konstruieren, gibt die Entwickelung der Weltmarktverhältnisse ab, die klar beweist, daß eine derartige Last und auch die Aufrechterhaltung solcher Verpflichtungen eben jenen weltwirtschaftlichen Wettbewerb verhängnisvoll anstacheln müssen, den die Franzosen und auch andere Mächte vorsorglich unterbinden möchten. Die Vertrauensfrage erscheint vielgestaltig immer wieder als das Grundproblem. Sie ist der Ausgangspunkt für die Rekonstruktionspläne nicht Deutschlands, nicht Frankreichs, **sondern der ganzen Welt.**

Deutschland hat dem Appell Frankreichs an seine Kulanz in der Reparationsfrage einen unendlich stärkeren Appell entgegenzusetzen: Die Forderung, eine vielleicht allerletzte Stunde zur Rettung der Welt vor unabsehbaren Katastrophen nicht ungenützt verstreichen zu lassen.

Eine polnische Denkschrift
wurde den Teilnehmern der Lausanner Konferenz überreicht.

Lausanne, 2. Juli. (PAT) Die **polnische Delegation** hat im Laufe des gestrigen Tages dem Vorsitzenden der Lausanner Konferenz Macdonald und allen anderen Delegationen eine Denkschrift überreicht, in der sie ihre grundsätzliche Stellungnahme zur Lausanner Konferenz festlegt. Zu Beginn der Denkschrift weist die polnische Delegation darauf hin, daß die Frage der Reparationen eine gerechte Lösung finden müßte, daß sie trotz ihrer großen Bedeutung in Wirklichkeit aber nur ein Teil der zu lösenden Wirtschafts- und Finanzfragen sei. Die polnische Delegation sehe es als ihre Pflicht an, die Konferenz auf **bestimmte Wirtschafts- und Finanzfragen der Länder Mittel- und Osteuropas hinzuweisen**, da Polen als ein im östlichen Europa gelegenes Land besonders von der Krise betroffen worden sei und besonders gut die Folgeerscheinungen der Krise für diese Länder bewerten könne. Die Denkschrift befaßt sich mit den Krisenursachen Mittel- und Osteuropas und bringt zum Ausdruck, daß sie vor allen Dingen durch das anormale Funktionieren des Kreditmarktes bedingt worden sei. Diese Länder seien von einem Kapitalzufluß vollkommen abgeschnitten. Sie müßten deswegen Maßnahmen zur Rettung ihrer Zahlungsbilanzen treffen und Einfuhrbeschränkungen, Devisenregelungen und Einschränkungen des Warenaustausches vornehmen.

Die polnische Delegation kommt dabei zu folgenden Feststellungen:

1. Eine Besserung der Bedingungen kann in diesem Teil Europas nicht ohne Beseitigung der finanziellen und handelspolitischen Schwierigkeiten eintreten.
2. Da eine solche Aufgabe die individuellen Möglichkeiten der Staaten überschreitet, ist eine Zusammenarbeit notwendig.
3. Diese Länder haben die Last der internationalen Schulden und anderer Verpflichtungen besonders gespürt, da sie ihren Haushalt beträchtlich herabsetzen mußten. Es steht zu befürchten, daß einige Länder zur Konvertierung ihrer öffentlichen Schulden gezwungen sein würden.
4. Die polnische Delegation ist der Ansicht, daß die Frage einer Besserung des Warenaustausches große Mühen erfordere. Die polnische Delegation ist bereit, an allen Konferenzarbeiten teilzunehmen, die dieses Ziel verfolgen.
5. Die notwendige Normalisierung des Waren- und Kapitalaustausches macht einen Abbau der Zollkriegsanordnungen notwendig. Die polnische Delegation ist zur Feststellung berechtigt, daß die Polnische Regierung zur Verständigung bereit ist, die zu einer Aufhebung solcher Maßnahmen führen müsse.

Zum Schluß wird in der Denkschrift hervorgehoben, daß alle diese Probleme zusammen gelöst werden müssen und demzufolge eine gemeinsame praktische Lösung notwendig werde.

Kommissionen und Unterkommissionen . . .

Der Bericht des zweiten Komitees der Lausanner Konferenz für die wirtschaftlichen Fragen, der am Freitag, dem 1. Juli, den sechs einladenden Mädchten unterbreitet und bereits angenommen ist, stellt einleitend fest, daß die Konferenz von Lausanne nicht nur die Regelung der Reparationsfrage als Aufgabe hat, sondern nach dem Wortlaut des Einladungsschreibens auch berufen ist, die **notwendigen Maßnahmen zur Abhilfe der wirtschaftlichen Krise** vorzuschlagen, unter der die Welt leidet. Der Bericht stellt fest, daß die Fragen, die in dieser Hinsicht zu prüfen sind, sich hauptsächlich auf folgende Themen erstrecken:

1. **in finanzieller Beziehung:** Währungspolitik, Kreditpolitik, die Schwierigkeiten des Devisenverkehrs, das Preisniveau, den Kapitalverkehr.
2. **in wirtschaftlicher Beziehung:** Die Verbesserung der Verhältnisse der Produktion und des Handels, besonders der Zollpolitik, sowie die Einschränkungen und Verbote von Ein- und Ausfuhr, das System der Kontingente und andere Handelserschwerungen sowie die Frage der Produktionskartelle.

Weiter schlagen die in dem Komitee vereinigten Handelsminister vor, eine Kommission zu schaffen, die sich in zwei Unterkommissionen gliedern soll, eine für wirtschaftliche und eine für finanzielle Fragen. **Diese Kom-**

mission soll von den sechs einladenden Regierungen je zwei Experten für finanzielle und wirtschaftliche Fragen umfassen. Außerdem sollen die Vereinigten Staaten gebeten werden, ebenfalls Experten in diese Kommission zu entsenden. Ferner wird die Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Völkerbundes als wünschenswert bezeichnet. Schließlich soll der Völkerbundrat drei Mitglieder des Finanzkomitees und drei Mitglieder des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes ernennen, die aber nicht den Staaten der einladenden Mächte angehören dürfen.

Der Bericht überläßt es der Lausanner Konferenz, zu beschließen, ob alle diese Fragen in einer **späteren Tagung der Lausanner Konferenz** behandelt werden sollen oder ob sie den Gegenstand einer **neuen, später einzuberufenden Konferenz** (der von England geplanten Weltwirtschaftskonferenz) bilden sollen.

*

Englische Meldungen über Lausanne.

London, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den Verhandlungen in Lausanne melden die „Times", daß der Plan, die Tributfragen mit den Kriegsschulden zu verbinden und die ersteren in gewisser Weise von den letzteren abhängig zu machen, die erwünschte Beteiligung Europas an der Weltwirtschaftskonferenz gefährden könne. Der Times-Bericht sagt dann weiter, daß im Laufe der Unterredungen zwischen von Papen und Herriot, sowie zwischen von Neurath, von Bülow und Sir John Simon die alte Idee eines politischen Waffenstillstandes gestreift worden sei.

Das Bureau Reuter meldet, daß eine Formel für den Vorschlag der Gläubigerländer gefunden worden sei, die jede unmittelbare Erwähnung der Vereinigten Staaten vermeiden werde. Da die Franzosen, so schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph", anscheinend mit einer Summe von 4 Milliarden Mark die Pauschalschuld angeben wollen, und die Deutschen möglicherweise bis auf 3 Milliarden entgegenkommen würden, so scheint in dieser Frage ein Kompromiß sicher zu sein.

Roosevelt gegen Hoover.

Die erste Abstimmung des demokratischen Nationalkonvents.

Chicago, 1. Juli. (United Preß) Der demokratische Nationalkonvent hat heute morgen um 4 Uhr 25 Minuten mit der Abstimmung über den zu nominierenden Präsidentschaftskandidaten begonnen. Die Abstimmung erfolgte nach Bundesstaaten in alphabetischer Ordnung. Roosevelt erhielt 666¼ Stimmen und erreichte damit nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 770 Stimmen, so daß ein zweiter Wahlgang notwendig wird. Roosevelts Hauptgegner, Al Smith, konnte 201¾ Stimmen für sich verbuchen. **Man hält Roosevelts Kandidatur für gesichert.**

In der nun zwei Tage anhaltenden Sitzung wurden bisher zwölf Kandidaten vorgeschlagen und vorgestellt. Unter den Kandidaten befand sich der Gouverneur Ritchie von Maryland, bei dessen Vorstellung eine Kundgebung seiner Anhänger begann, die nicht weniger als dreiviertel Stunden währte. Der Redner, der für ihn eintrat, sagte, die vornehmste Aufgabe der Partei und ihre wichtigste Pflicht dem Lande gegenüber sei die Herbeiführung einer vernichtenden Niederlage Hoovers. Diese Erklärung wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Weiterhin wurden der frühere Senator von Missouri, Reed, und der frühere Staatsgouverneur von Virginia, Byrd, sowie der Staatsgouverneur von Ohio, George White, Gouverneur Murray von Oklahoma und sein Vorgänger Johnston als Kandidaten vorgestellt.

Die meisten Aussichten als Roosevelts Rivale hatte der frühere Gouverneur Al Smith, für den der Gouverneur des Staates Massachusetts, Joseph Ely, in einer ausführlichen Rede eintrat. Es folgte ein gewaltiger Begeisterungssturm und laute Kundgebungen für Al Smith. Unter Führung der Delegationen der Staaten Massachusetts und Wisconsin bildete sich schnell ein Demonstrationszug, der unter den Klängen zweier Musikkapellen, Hochrufen und allgemeinem Durcheinander mehreremal die Tagungshalle durchzog. Al Smith ist bekanntlich im letzten Kampf um die Präsidentschaft Kandidat der Demokraten gewesen. Er unterlag aber gegenüber dem Republikaner Hoover.

*

London, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Chicago trifft die Meldung ein, daß Franklin Roosevelt, der Gouverneur des Staates Newyork, zum demokratischen Kandidaten bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten aufgestellt worden ist. Präsidentschaftskandidat der Republikaner ist der bisherige Präsident Hoover.

Feuer im Osten?

Ein Brandbericht aus Beßarabien.

Ein Leser des „Jungdeutschen", der erst vor wenigen Tagen von einer Geschäftsreise aus Rumänien zurückgekehrt ist, schreibt dem genannten Blatt über die Lage in Rumänien folgendes:

„Bei meiner Reise, die mich in der Hauptsache nach Siebenbürgen und Beßarabien führte, sah ich überall große Truppenkonzentrierungen. **Besonders in Beßarabien war überall, auch in den kleinsten Dörfern, soviel Militär, daß ich mich wie im Kriege fühlte. Meine rumänischen Geschäftsfreunde sagten ganz offen, daß es sich um die Vorbereitungen für den unvermeidlichen Krieg mit Rußland handele.**

Längs der Grenze, am Dnjestr, waren **viele Dörfer von den Einwohnern geräumt;** man hatte die Einwohner nach Alt-Rumänien geschafft. Ein Teil der dort ansässigen Russen und Juden war nach Rußland geflüchtet, wobei es durch die Schießereien der Grenzwächter zu großen Verlusten an Menschenleben kam. Auch die Schwabendörfer in der Umgebung von Bendery sind von der Evakuierung bedroht.

Die Geheimpolizei, die berüchtigte Siguranza, bespitzelt alle Fremden in der unglaublichsten Weise. So wurde z. B. mein Gepäck im Hotel während meiner Abwesenheit durchsucht. Der Hotelier zuckte über meine Beschwerde nur die Achsel. Die katastrophale Finanzlage **hat es so weit gebracht, daß die Beamten monatelang kein Gehalt bekommen.** So

hatten z. B. die Professoren des Gymnasiums von Kischineff in den Streik treten müssen, weil sie seit Februar keinen Pfennig Gehalt bekommen hatten. Irgendwelche Geschäfte mit rumänischen Firmen sind nicht zu machen, weil sie kein Geld haben und unbegrenzten Kredit verlangen. Niemand will den Lei nehmen. Von mir als Ausländer verlangte man überall Bezahlung in Dollar! Ein Kapitel für sich ist das Räuberunwesen in Beßarabien. Die Polizei steckt oft mit den Banditen unter einer Decke. So wurde Anfang Juni der Polizeikommissar von Bendery plötzlich verhaftet, weil er jahrelang mit den Banditen die ganze Gegend gebrandschatzt hatte.

Mein Eindruck war der, daß Rumänien am Vorabend eines Krieges mit Rußland steht und daß die katastrophale Wirtschaftslage das Volk zur Verzweiflung treibt. Mir sagten hohe Beamte ganz offen: „Nur ein Krieg kann uns vor der Revolution retten."

Der König Karl ist zwar sehr beliebt, aber völlig ohnmächtig gegen die Bestechlichkeit und Willkür seiner Offiziere und Beamten. **Die Deutschen in Beßarabien, die von einem Kriege am meisten zu leiden hätten, sehen mit großer Besorgnis in die Zukunft.**

*

Riesen-Ueberschwemmungen im Osten Rumäniens.

Seit mehreren Tagen verüben große Überschwemmungen in den Gebieten von Nord-Moldau und Beßarabien ihr gefährliches Vernichtungswerk. Eine ganze Anzahl von Städten, so z. B. Jassy und Czernowitz ist vollständig von der übrigen Welt abgeschlossen. Von allen Seiten werden Opfer an Menschenleben gemeldet, die durch die Überschwemmungen ums Leben kamen. Tausende von Häusern sind durch Unterspülung zusammengestürzt oder drohen zusammenzustürzen. Der Bahnhof von Jassy steht vier Meter hoch unter Wasser. Der Ministerrat hat 10 Millionen Lei als erste Hilfe für die vom Hochwasser Betroffenen bewilligt. 150 000 Menschen sind vermutlich ohne Obdach.

Wie die „Prager Presse" erfährt, nehmen die Überschwemmungen im nördlichen Teile der Moldau, in der Bukowina und in Beßarabien einen immer katastrophaleren Umfang an. Es sind zahlreiche Menschenopfer zu beklagen. Der Regen hält seit 5 Tagen ohne Unterbrechung an, und das Wasser steigt von Stunde zu Stunde. Sehr bedrohlich ist die Lage in Jassy, wo das Hochwasser an einzelnen Stellen eine Höhe von 2 Metern erreicht hat. Auch das Elektrizitätswerk ist von den Fluten umgeben und es müssen Betonmauern errichtet werden, damit der Betrieb nicht unterbrochen wird. Kavallerie arbeitet in dem unter Wasser befindlichen Stadtviertel von Jassy, wo die Bewohner aus den Häusern evakuiert werden mußten. Auch der Bahnhof steht unter Wasser, so daß der Eisenbahnverkehr vollständig ruht. Die beiden Hauptlinien Bukarest—Jassy und Bukarest—Czernowitz sind unterbrochen. In den Fluten wurden mehrere Kinderleichen gesehen. Alle öffentlichen Gebäude von Jassy sind von Flüchtlingen überfüllt. In Bakau und der Umgebung werden 7 Todesopfer gemeldet. 12 Gemeinden sind vollständig überschwemmt, einzelne Dörfer sind von der Außenwelt abgeschlossen. Der gesamte Viehstand ist ertrunken. In der Stadt Barlad sind drei Kinder und eine Frau in den hochgehenden Fluten ums Leben gekommen.

In der Moldau, in der Bukowina und in Siebenbürgen sind zahlreiche Brücken weggeschwemmt. In einigen Dörfern wurden alle Häuser von den Wassermassen fortgetragen. Zwei Familien mit 14 Mitgliedern sind ertrunken.

30 Tote.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Hochwasser-Katastrophe 30 Todesopfer gefordert. In Jassy und Umgegend allein wurden 20 Tote gezählt. Aus anderen Teilen der Bukowina werden zehn Todesopfer gemeldet, die Hälfte davon sind Frauen und Kinder. Kilometerbreite Strecken sind durch das Hochwasser und den Hagelschlag vernichtet worden. Die Ernte ist als verloren zu betrachten.

Polen und der Danziger Zolldienst.

Wie dem „Kurjer Poznański" aus Warschau gemeldet wird, hat sich die Polnische Regierung an den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig gewandt mit dem Antrage, das Warschauer Abkommen in Sachen des Zolldienstes auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig abzuändern. Danzig wurde — so heißt es in dem Antrag — in zollpolitischer Hinsicht mit Polen verbunden; aber es verfuhr praktisch bei der Ausübung des Zolldienstes in einer Weise, die den polnischen Interessen schädlich ist. Der polnische Antrag schlägt vor, die jetzige Duplizität in der Verteilung des Zolldienstes aufzuheben und den Zolldienst in Danzig vollständig den polnischen Zentralbehörden in Warschau unterzuordnen.

Wie wir gestern berichtet haben, hat der Danziger Senat seinerseits dem Hohen Kommissar in der Zollfrage einen Antrag unterbreitet, worin u. a. um Ablehnung des vorstehend bezeichneten polnischen Antrags, der dem Danziger Senat bereits bekannt war, gebeten wird.

Rücktritt der Belgrader Regierung.

Das Kabinett Marinkowitsch, das im vergangenen Herbst dem S. H. S.-Staate eine neue, aber nur auf dem Papier stehende Verfassung bescherte, ist soeben zurückgetreten. Es wurde ein Opfer der Intrigen der „Bristol-Fronde" (so genannt, weil sie im Hotel Bristol ihre Beratungen abhält). Führer dieser Opposition ist der bekannte General Sivkowitsch, den Marinkowitsch im Ministerpräsidium abgelöst hatte und der für eine radikale Diktatur ohne jeden demokratischen Schein eintritt. Als neuer Ministerpräsident wird der Slowene Dr. Kramer genannt.

Bluttat in Myslowitz.

Ein polnischer Offizier erschießt einen jungen Deutschen.

Am Mittwoch (Peter-Paulstag) war das Myslowitzer Stadion, das wegen des ausgezeichneten Badewetters von Hunderten besucht wurde, der Schauplatz einer entsetzlichen Bluttat. **Gegen 18,30 Uhr kam es zwischen einem Offizier aus Bendzin und dem Myslowitzer Sportsmann Emil Winterstein aus unbekannten Gründen zu einer Auseinandersetzung, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Der Offizier, der sich im Badekostüm befand, begab sich plötzlich in die Umkleidekabine, holte einen Revolver und schoß Winterstein eine Kugel durch den Kopf. Blutüberströmt brach der Getroffene zusammen. Eine wilde Panik brach unter den Badegästen aus, die gegen den Täter eine drohende Haltung einnahmen. Einige von ihnen griffen ebenfalls zu Revolvern und wollten den Offizier niederschießen. Durch den Bademeister in Schutz genommen, konnte er sich jedoch rechtzeitig in Sicherheit bringen.** Er wurde später von einer Offizierspatrouille abgeholt. Währenddessen wurde **der junge Winterstein in das Myslowitzer Krankenhaus überführt, wo er, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, starb. Der Bedauernswerte, der erst 26 Jahre alt war, erfreute sich unter allen Sportsfreunden und in weiten Myslowitzer Kreisen größter Beliebtheit, da er als solider und liebenswürdiger Mensch bekannt war. Sein tragisches Ende erregte in der Stadt tiefstes Mitgefühl. Die Eltern, die übrigens schon einen anderen Sohn während seiner Dienstzeit im polnischen Heer durch die Kugel einer polnischen Militärperson auf tragische Weise verloren haben, werden allgemein lebhaft bedauert.**

Über den tragischen Vorfall erfährt der „Oberschles. Kurier" noch folgendes: Im Stadionrestaurant saß gegen 6 Uhr nachmittags eine Gruppe von jungen Leuten aus Myslowitz, die sich deutsch und polnisch unterhielten, unter ihnen der Erschossene Emil Winterstein. Außerdem hielten sich im Restaurant einige Offiziere des 23. Artillerieregiments aus Bendzin auf. Angeblich sollen nun wegen der Bedienung durch den Kellner Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gruppen entstanden sein, die sich zuerst in Worten und dann in Tätlichkeiten Luft machten, als die Offiziere, die sich beleidigt fühlten, von den jungen Leuten Aufklärung verlangten. Einer der Offiziere, der Leutnant Kucharski, soll nun Winterstein ins Gesicht geschlagen haben, wofür er von Winterstein wiederum geohrfeigt wurde. Darauf lief Leutnant Kucharski nach seiner Badekabine, holte den Revolver **und gab den Schuß auf Winterstein ab, der sofort bewußtlos zu Boden fiel.** Die erregte Menge stürmte auf den Offizier ein, der angeblich noch erklärt haben soll, daß er sich für seine Tat zu verantworten wissen werde. Vor der Kabine, in die sich schließlich Leutnant Kucharski flüchtete, sammelte sich die Menge in immer größeren Scharen an, so daß der Badeaufseher nur mit Mühe weitere Ausschreitungen verhindern konnte. Inzwischen war Winterstein mit dem Rettungswagen nach dem Lazarett geschafft worden. Auch Leutnant Kucharski wurde mit Hilfe des Rettungswagens nach dem zuständigen Polizeiposten geschafft. In den Abendstunden des Feiertags starb Winterstein im Lazarett, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Untersuchung des Falles ist bereits durch die zuständigen Stellen aufgenommen worden. Kommissar Brodniewicz nahm am Tatort die ersten Verhöre vor. Leutnant Kucharski wurde von der Feldgendarmerie in Kattowitz vernommen.

Es ist im Augenblick noch nicht möglich, zu dieser traurigen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wie aber auch die Dinge liegen mögen, ist es ein furchtbares Zeichen der Zeit, daß bei Auseinandersetzungen dieser Art so schnell zur Waffe gegriffen wird.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 2. Juli 1932.

Krakau — 2,77, Zawichost + 1,04, Warschau + 1,08, Plock + 0,72, Thorn + 0,67, Fordon + 0,74, Culm + 0,57, Graudenz + 0,68, Kurzebrak + 0,88, Pieckel + 0,17, Dirschau + 0,08, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,46.

Sommer-Sonntag.

Schläfrig singt der Küster vor,
Schläfrig singt auch die Gemeinde.
Auf der Kanzel der Pastor
Betet still für seine Feinde.

Dann die Predigt, wunderbar,
Eine Predigt ohnegleichen.
Die Baronin weint sogar
Im Gestühl, dem wappenreichen.

Amen, Segen, Türen weit,
Orgelton und letzter Psalter.
Durch die Sommerherrlichkeit
Schwirren Schwalben, flattern Falter.

Detlev v. Liliencron.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 2. Juli.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils wolkiges, teils heiteres Wetter ohne wesentliche Temperaturänderung an.

Frohe Botschaft.

Wir Menschen von heute können uns schwer in die Gedanken und Empfindungen, die Ausdrucksweise und den Sprachgebrauch vergangener Tage finden. Das mag der Grund sein, weshalb auch so manches Wort der Schrift uns fremd geworden ist. Als Paulus seinen Römerbrief schrieb, als Luther um die Wahrheit des Evangeliums rang, da stand im Mittelpunkt der Gedanken das Wort von der Rechtfertigung und der Gerechtigkeit vor Gott. Und es war beiden eine Befreiung, als sie bekennen konnten: Ohne des Gesetzes Werk allein durch den Glauben. (Römer 3, 23—28.) Aber was hat das uns zu sagen? Menschen, die es ernst mit sich meinen, werden oft genug vor der Verzweiflung stehen, daß sie mit allem Mühen und Sich-selbstquälen nicht so werden, wie sie sein möchten. Da bleiben so viele Sprünge und Risse, Verkehrtheiten und Unebenheiten, Schäden und Mängel, Unvollkommenheiten und Widersprüche, deren man nicht Herr wird. Die Bibel nennt das alles mit dem peinlichen Namen: Sünde. Da wacht dann die Frage nach der Gerechtigkeit, d. h. nach einer Rechtbeschaffenheit des Wesens vor Gottes Richterurteil auf. Wer kann es Gott recht machen? Wie kann ich ihm recht sein? In solches Fragen und Ringen klingt das Wort des Apostels wie eine erlösende frohe Botschaft hinein: Du machst das nicht, du armes Menschenkind, mit all deinem Tun und Werk! Aber er macht es, Er hat es getan, Er nimmt eine Menschenseele, die sich im getrosten Glauben an seine Gnade in seine Arme wirft, an sein Vaterherz: Fürchte dich nicht, Ich habe dich erlöset, du bist Mein! Ihm recht ist ja nur einer gewesen, der, der am Kreuz sein Leben als Opfer der Liebe dahingegeben hat. Hülle deine arme Seele in Ihn, und Er wird deine Gerechtigkeit sein, in Ihm und durch Ihn und mit Ihm auf Leben und Tod verbunden wirst du ein Mensch, von dem und zu dem Gott sagen kann: So bist du mir recht, so will Ich dich haben . . . und deine Seele darf bekennen: Aus Gnaden selig allein durch den Glauben! D. Blau-Posen.

§ **„Nicht stehlen.“** Wie das Warschauer Postministerium mitteilt, treffen aus dem Auslande zahlreiche Briefe ein, die auf der Adressenseite noch die Aufschrift enthalten: „Nicht stehlen“. „Für Diebe gibt es nichts Wertvolles“ usw. Solche Briefe werden, wie das genannte Ministerium bekanntgibt, den Adressaten nicht bestellt, sondern an die Absender zurückgesandt, da nach den bestehenden Vorschriften ein Brief außer der Adresse keine weiteren Aufschriften enthalten darf. Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Briefe, die im Inlande aufgegeben sind.

§ **Apotheken-Nachtdienst** haben bis zum 4. d. M. früh Engel-Apotheke, Danzigerstraße 65, Apotheke am Theaterplatz, Wilhelmstraße (M. Focha), Apotheke in Schwedenhöhe, Adlerstraße (Orla) 8; vom 4. bis 11. Juli Kronen-Apotheke, Bahnhofstraße 74, und Bären-Apotheke, Bärenstraße (Niedzwiedzia) 6.

§ **Die Hundtagshitze** dieser Tage ruft der Bromberger Bürgerschaft wieder allzu deutlich das Fehlen einer günstigen Badeanstalt ins Gedächtnis. Es gibt selten eine Stadt, die von soviel Wasserarmen durchflossen wird wie Bromberg und die trotzdem nicht eine dem Größenverhältnis der Stadt entsprechende modern eingerichtete Badegelegenheit aufweist. Das Fehlen einer solchen Badeanstalt wirft kein gutes Licht auf die Stadtverwaltung, die die Pflicht hat, für das Wohl ihrer Bürger zu sorgen. Und zum Wohle der Bürger gehört in den heutigen Zeiten auch ein erfrischendes Bad. Die Anlage eines solchen dürfte nicht allzu viel kosten, wenn man bedenkt, welche großen Summen Monat für Monat für die sogenannten Notstandsarbeiten der Arbeitslosen ausgegeben werden. Die Beschäftigung dieser Arbeitslosen beim Bau einer Flußbadeanstalt im Verein mit den niedrigen Holzpreisen dürften gerade in der jetzigen Zeit die Möglichkeit geben, der Bromberger Bürgerschaft als langersehntes Geschenk eine Badeanstalt zu bescheren. Sehnsüchtig und in Schweiß gebadet muß man sich nämlich sonst mit dem Gedanken abfinden, daß die Badeverhältnisse einstmals in Bromberg besser waren. Da gab es eine gute Flußbadeanstalt und noch vor einigen Jahren stand uns das Wellenbad zur Verfügung, das man leider auch hat eingehen lassen. Dieses Wellenbad erfreute sich nicht nur bei Brombergern, sondern auch bei Zugereisten des denkbar besten Rufes. Als seinerzeit Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich, Bromberg besuchte, gab er seiner Anerkennung über das Wellenbad Ausdruck und betonte, daß man etwas Derartiges nicht einmal in Berlin besitze. U. E. dürfte es nicht allzu schwer sein, dieses Wellenbad wieder in Betrieb zu nehmen. Irgend etwas aber muß auf alle Fälle getan werden, um auch der minderbemittelten Bevölkerung Brombergs Gelegenheit zu einem erfrischenden Bade zu geben. Denn es ist nicht jedermanns Sache, erst eine nicht unbedeutende Summe für Bahn oder Dampferfahrt auszugeben, ehe man sich den kühlen Fluten der Weichsel oder dem Wasser des Jesuitersees anvertraut.

§ **Internationales Ringkampfturnier.** Die gestrigen Kämpfe fanden bei vollkommen ausverkauftem Garten statt. Der Kampf zwischen Westergaard-Schmidt und Garkowienko brachte eine Überraschung. Der seinem Gegner überlegene Westergaard geriet in der 25. Minute bei der Roulade ins Rutschen, Garkowienko griff schnell nach und konnte als Sieger aus dem Kampf hervorgehen. Ein ausgezeichnetes Treffen lieferten sich der Pole Tornow und der Bulgare Ferestanoff. Es war ein Ringkampf, der dank dem technischen Können beider Partner überaus spannend verlief. Der Kampf blieb unentschieden. Das Haupttreffen des Abends bildete die nochmalige Begegnung Kawan-Sztekker. Beide Gegner kämpften zunächst sehr vorsichtig, Kawan war überaus fair. Der Kampf blieb drei Runden lang ausgeglichen. Kawan konnte zweimal seinen gefürchteten Doppelnelson anbringen, aus welchem sich Sztekker gut zu befreien wußte. In der 27. Minute konnte Sztekker aus der Kontreattacke gegen den Doppelnelson seinen Schlüssel greifen, Kawan rutschte aus, Sztekker griff nach und brachte seinem Gegner eine regelrechte Niederlage bei. Der Sachlichkeit des Sportes und der Sportberichterstattung wegen notieren wir zwei Kniestöße Sztekkers in die Nierengegend Kawans und einen Kniestoß gegen die Nase. Für den ausgeschiedenen Willing kämpfte als neuer Mann Dose (Köln), der seinen Gegner Waluszewski in überlegener Art in der ersten Minute besiegte. Der gestern unfair ringende Peterson besiegte Dimitrescu in der neunten Minute.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich gestern gegen Mittag am Ende der Danzigerstraße in der Nähe des Waldes. Dort fuhr ein Motorradfahrer mit seiner Maschine von der Seite gegen ein Auto und wurde durch den Anprall zu Boden geschleudert. Er hat dabei nur unbedeutende Hautverletzungen erlitten. Das Auto und das Motorrad wurden nur unerheblich beschädigt.

§ **Unglücksfälle.** Während einer Radfahrt auf der Bülowstraße brach am gestrigen Freitag gegen 7 Uhr abends dem Schüler Alexander Glabisz, 15 Jahre alt, die Fahrradgabel. Der Knabe stürzte mit dem Gesicht aufs Pflaster und trug sehr schwere Gesichts- und Kopfverletzungen davon. Er wurde besinnungslos mit dem Wagen der Rettungsbereitschaft in das städtische Krankenhaus gebracht. Dort wurde eine Gehirnerschütterung festgestellt. Der Zustand des Knaben ist sehr bedenklich. — Bei einer Veranstaltung des Sokol in Brahemünde stürzte der 10 Jahre alte Schüler Czesław Gill so unglücklich zu Boden, daß er sich dabei das Schlüsselbein brach. Dr. Buksakowski aus Fordon erteilte die erste Hilfe. Der Verunglückte wurde mit einem Privatwagen nach dem Elternhaus gebracht.

§ **Der heutige Wochenmarkt** wies sehr starken Verkehr auf. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,10 bis 1,30, für Eier 1,30, Weißkäse 0,30—0,35, Tilsiterkäse 1,70 bis 1,90. Junge Mohrrüben brachten 0,10—0,15, Kohlrabi 0,20—0,25, Schoten 0,30—0,40, Spinat 0,40, Salat 0,05, Rhabarber 0,10, Spargel 0,60—0,70, Radieschen 0,10—0,15, Blumenkohl 0,40—0,60, Stachelbeeren 0,30, Gartenerdbeeren 0,40—0,60, Walderdbeeren 0,40, Blaubeeren 0,40, Gurken 0,50, Kirschen 0,60—0,80, Tomaten 1,40, Pfifferlinge 0,40. Der Geflügelmarkt lieferte Enten zu 4,50—5,00, Hühner 2—4,50, Hühnchen 1,50—2,00, Tauben 0,60—0,70. Für Fleisch zahlte man: Speck 0,90—1,00, Schweinefleisch 0,70—1,00, Rindfleisch 0,70—0,90, Kalbfleisch 0,50—0,70, Hammelfleisch 0,60—0,70. Die Fischpreise waren wie folgt: Aale 1,00—1,80, Hechte 1,20 bis 1,80, Schleie 1,20—1,50, Plötze 0,50, Bressen 0,80—1,00, Karauschen 0,60—0,90.

§ **Ein Einbruch** wurde heute nacht in das Bureau der Baufirma „Nika“, Fischerstraße (Marcinkowskiego) 7, verübt. Den unbekannten Tätern fielen eine Adler- und eine Mercedes-Schreibmaschine, eine Brunsvig- und eine Daktyl-Rechenmaschine, drei braune Aktenmappen, eine Schreibtischuhr, drei Herrenjacketts, ein Damenjackett, ein Herrenhut, eine Gobelin-Tischdecke und eine braune lederne Zigarrentasche in die Hände. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen wird gewarnt. Verdächtige Personen, die die genannten Gegenstände anbieten, sind sofort dem nächsten Polizeiposten zu übergeben. — Ein weiterer schwerer Einbruch wurde in der Nacht zu heute in dem Kino „Marizienka“ an der Danzigerstraße verübt. Die Einbrecher gelangten von dem Grundstück Rinkauerstraße Nr. 5 aus auf den Hof des Kinos und erbrachen gewaltsam die stark gesicherte Tür, die in das Innere des Kinos führt. Die Einbrecher stahlen eine ganze Anzahl Platten für den Lautsprecher, außerdem beschädigten sie die Tonfilm-Apparatur. Den entstandenen Schaden gibt der Besitzer des Kinos mit 3—4000 Złoty an.

•

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Versuchter Kircheneinbruch.

In die Evangelische Kirche zu Lochowo versuchten in der Nacht zum 30. 6. d. J. bisher unbekannte Täter einzudringen. Sie erkletterten eins der seitlichen Kirchenfenster und brachen es auf, wurden aber offenbar bei der Ausführung ihrer verbrecherischen Pläne gestört, so daß bisher nichts Wertvolles als gestohlen gemeldet wurde.

Vorher waren die Diebe in den Garten des der Kirche benachbarten evangelischen Pfarrhauses geklettert, von wo aus sie vergeblich in die Kellerräume desselben zu gelangen suchten. Sie sind offenbar durch die wachsamen Hofhunde vertrieben worden.

Vermutlich gehören die Täter einer durchziehenden Zigeunerbande an, auf deren Konto eine ganze Serie von Diebstählen in der hiesigen Gegend kommen dürfte. So wurden dem Landwirt R. Lüdke, Lochowo, 9 Hühner, dem Landwirt Blum mehrere junge Gänse gestohlen. Bei den Besitzern Bettin und Melchert erbeuteten die Langfinger verschiedene Wäschestücke. — Hinzu kommt noch eine Reihe kleinerer Diebereien von Mehl, Gemüse und dergl. auf anderen Stellen. Die Polizei hat die Verfolgung der Täter aufgenommen. Trotz der großen Schwierigkeiten

gerade bei der Überwachung der vagabundierenden Zigeunerbanden sind hier schärfste polizeiliche Maßnahmen immer wieder zu fordern.

es **Mrotschen** (Mrocza), 30. Juni. Dem Tischlermeister Nikel wurde aus der Werkstatt ein altes Fahrrad gestohlen. — Dem Fleischermeister Srybyż entwendete man aus der Räucherkammer eine Menge Wurst. — In der Feldscheune des Rentiers Kluk wurden zwei große noch frische Würste und eine Menge Schnaps- und Likörflaschen von den Dieben vorgefunden; die Flaschen wurden von den Einbrechern bis auf einen kleinen Rest geleert. — Die Deutsche Privatschule veranstaltete gestern im Mrotschener Staatswalde ein Kinderfest.

z **Inowrocław**, 2. Juli. Am Dienstag mittag wurde das Krankenauto nach Zelechlin, Kreis Inowrocław, gerufen, um drei schwerverletzte Arbeiter abzuholen. Die Arbeiter Franciszek Starobrat und Anton Olejnik hatten schon längere Zeit einen Streit miteinander. An dem betreffenden Tage kam es erneut zwischen den beiden zu einem Wortwechsel, der wenige Minuten später in eine Messerstecherei überging. Olejnik erhielt dabei von Starobrat einen Stich in den Rücken, daß er blutüberströmt zur Erde sank. Auch dem zur Hilfe herbeigeeilten Arbeiter Ziętara versetzte Starobrat zwei Stiche, wovon einer das Schulterblatt und einer die Unterlippe traf. Trotz dieser Verletzungen gelang es Ziętara, dem Starobrat das Messer zu entreißen und diesem zwei Stiche in die rechte Seite und in den Kopf zu versetzen, so daß auch dieser sich in seinem Blute wälzte. Nachdem den Schwerverletzten durch Dr. Sikorski aus Inowrocław die erste Hilfe zu teil wurde, wurden sie in das Inowrocławer Krankenhaus eingeliefert. Olejnik und Starobrat ringen mit dem Tode, während Ziętara sich auf dem Wege der Besserung befindet. — In Kicko, Kreis Mogilno, drangen Diebe nach Herausnahme der Fensterscheibe der Wohnungstür in die Wohnungen der Arbeiter Anton Wisniewski und Stanislaw Kowalski und entwendeten denselben 30 Kilogramm Speck und ein gebrauchtes Fahrrad im Werte von 100 Złoty. Aus den hinterlassenen Spuren ist anzunehmen, daß an dem Einbruch zwei Personen beteiligt gewesen sein müssen.

* **Inowrocław**, 2. Juli. Zu dem blutigen Vorfall, der sich, wie wir berichteten, auf der Chaussee in der Nähe des Gutes Rucewo, Kreis Inowrocław, ereignete, erfahren wir folgende Einzelheiten: Instleute dieses Gutes mit dem 23jährigen Arbeiter Luczak an der Spitze stahlen von den Alleebäumen Kirschen. Als die beiden Wächter herankamen und die Leute vertreiben wollten, wurden sie verlacht und bedroht. Es entstand ein Wortwechsel und schließlich erschienen noch weitere Leute des Gutes, etwa 20 an der Zahl, und gingen mit Forken auf die beiden Wächter los. Der eine von ihnen gab zunächst einen Schreckschuß ab, was die Menge jedoch keineswegs einschüchterte. Man drang weiter auf die Wächter ein und verletzte Max Wisniewski und Josef Pomera durch Stiche mit den Forken an der Brust. Als weitere Schreckschüsse nichts halfen, schossen die Wächter, und zwar der eine aus einer Jagdflinte und der andere aus einem Browning. Dabei wurde Luczak, wie wir schon gestern berichteten, schwer und die übrigen drei Personen leicht verletzt.

q. **Gnesen** (Gniezno), 30. Juni. Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es am Dienstag auf der Chaussee in Braszitzewo. Ein Personenauto stieß mit einem Gespann so heftig zusammen, daß das Auto umstürzte und das Pferd getötet wurde. Abgesehen von der leichten Verletzung einer Dame, kam sonst niemand zu Schaden.

o. **Gollantsch**, 1. Juli. In der Nacht zum 28. v. M. brachen in die Lagerräume der hiesigen Genossenschaft „Deutscher Ein- und Verkaufsverein“ Spitzbuben ein, die ca. 4 Zentner Gerste herausholten. — Einige Tage vorher wurde einem beim Bäckermeister Piotrowski beschäftigten Arbeiter die einzige Ziege aus dem Stall gestohlen. — In Rybowo bei Gollantsch war der Lehrer Zmuda im Holzschuppen beim Holzhacken beschäftigt, als zwei auf Fahrrädern angekommene „Arbeitslose“ den Schulhof betraten und an die Küchentür anklopften. Als später Z. seine auf den Schulzaun gehängte Weste wieder anziehen wollte, mußte er die unliebsame Entdeckung machen, daß in der Zwischenzeit aus der Weste seine Taschenuhr nebst Kette verschwunden war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die beiden Radfahrer sie haben mitgehen heißen. — Am 27. v. M. feierten der Landwirt Karl Kugler und seine Ehefrau Sophie im nahen Grabowo ihr 50jähriges Ehejubiläum. Aus diesem Anlaß fand am genannten Tage in der hiesigen Pfarrkirche ein Festgottesdienst statt, an dem das Jubelpaar und die zur Feier erschienenen Gäste teilnahmen. Beide Ehegatten sind trotz ihres Alters geistig und körperlich noch auf der Höhe und verrichten alle in ihren Geschäftskreis fallenden Arbeiten selbständig ohne fremde Hilfe.

c. **Schocken**, 30. Juni. Flurschau. Am vergangenen Mittwoch veranstaltete der Bauernverein Schocken und Umgegend eine Flurschau. Mit 20 Fuhrwerken aus der weiteren und näheren Umgegend hatte man der Einladung Folge geleistet. In kurzen Worten begrüßte Direktor König aus Schocken die so zahlreich erschienenen Gäste mit ihren Damen, worauf die Rundfahrt begann durch die mit reicher Fülle gesegneten wogenden Felder des Herrn Kuntze. Von hier ging die Weiterfahrt zu dem benachbarten Dominium des Herrn von Gersdorf in Kirchen-Popowo. Später ging die Fahrt über Popowokolonie, Kuszewo, nach dem Endziel Kakulin, wo ein Rundgang durch die üppigen Felder des Herrn Gust den Abschluß bildete. Nach der Rückkehr erwartete die zahlreiche Teilnehmerschar im schattigen Garten des Herrn Gust eine riesige Kaffeetafel mit Kuchen und Erfrischungen. Als Vorsitzender des Vereins hielt Herr Gust eine eindrucksvolle Ansprache. Bei Gedankenaustausch verweilten die Gäste sodann noch einige Zeit.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 149

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 149.

Bromberg, Sonntag den 3. Juli 1932.

Pommerellen.

2. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

× **Zwei Sitzungen des Kreistages des Landkreises Graudenz** fanden am Donnerstag dieser Woche statt. In der ersten wurde die Wahl von drei Mitgliedern des Wojewodschaftssejms (Provinziallandtages) vorgenommen. Gewählt wurden Starost Niepokulczycki, sowie die Landwirte Staskiewicz-Zawada und Zalewski-Tusch. In der sich anschließenden zweiten Kreistagssitzung beschloß man u. a. die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 300 000 Złoty für die Sanierung der Kreiskommunalsparkasse, ferner gewisse Verbesserungen zum Kreishaushalt für 1931/32. Das allgemeine Verwaltungsbudget wurde in Höhe von 920 000 Złoty festgelegt. Des weiteren beschloß der Kreistag gewisse, von der Wojewodschaft geforderte Verbesserungen der Budgets der Elektrischen Kreiszentrale, des Kreiskrankenhauses und der Kreisbaumschule. Die zur Behandlung gelangten Steuersätze fanden keine Veränderung, abgesehen von der Wegesteuer, die eine Erhöhung erfuhr. Den Bericht über das verflossene Wirtschaftsjahr gab der Budgetreferent A. Zalewski. Nach längerer Besprechung gelangte der Bericht zur Annahme. *

× **Weiterarbeit der PePeGe.** Seinerzeit hatte, wie berichtet, die hiesige Gummiwarenfabrik ihrer Belegschaft (rund 1100 Personen) zum 1. Juli gekündigt. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat die Fabrik die Kündigungen zurückgezogen, so daß alle Arbeiter weiterhin beschäftigt werden. Vorläufig haben die Beschäftigten gesicherte Arbeit bis zum 15. Juli. Beim Einlaufen der erhofften Winterbestellungen kann die Arbeit, vielleicht ohne Pause, auch weiterhin aufrecht erhalten werden. *

× **Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts** hatte sich Teofil Ulatowski, Schloßbergstraße (Zamkowa), wegen Körperverletzung gegenüber einem seiner Mieter namens Smętek zu verantworten. U., der mit S. in Unfrieden lebte, versetzte ihm eines Tages, als er ihn auf der Treppe traf, mit einem stumpfen Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf. Das Gericht erkannte den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist. Wegen Beleidigung Ulatowskis war zunächst der verantwortliche Redakteur des „Gon. Nadw.", Doliński, der den Fall in seinem Blatte mit scharfen Wendungen gegen U. gebracht hatte, zu 10 Złoty Geldstrafe verurteilt worden. In der Appellationsinstanz, nämlich vom Bezirksgericht, wurde nunmehr Redakteur D. freigesprochen. *

× **Feuer im Landkreise Graudenz.** Auf dem Gehöft des Besitzers Rotte in Rudnik bei Graudenz brach in der Nacht zum Donnerstag in einem Stalle ein Brand aus, der sich auf eins der benachbarten, ebenfalls einen Stall enthaltenden Gebäude übertrug. Beide Baulichkeiten wurden völlig vernichtet. Der vom Brand verursachte Schaden ist ziemlich bedeutend, die Ursache des Feuers bisher nicht ermittelt. *

× **Diebstähle.** Dem Landwirt Rudolf Hein aus Plement (Plemięta), Kreis Graudenz, wurde in der Unterthornerstraße (Toruńska) sein Fahrrad im Werte von 60 Złoty entwendet. Ferner sind aus dem Krzywickischen Keller, Oberbergstraße (Nadgórna) 50, Wein und anderes im Werte von 30 Złoty gestohlen worden. — Nach dem letzten Polizeibericht wurde ein Dieb festgenommen, sowie ein Radfahrer, der das Trottoir benutzt hatte, und ein Autobuslenker (ohne Fahrrecht und Konzession) zur Bestrafung notiert. *

Thorn (Toruń).

Ein geriebener Gauner

treibt im Stadt- und Landkreis sein Unwesen und hat, wie festgestellt, schon eine Menge Leute um mehr oder weniger große Summen geschädigt. Wir erfahren hierzu aus zuverlässiger Quelle, daß der Mann, der sich als Krzyżanowski oder Krzyżankowski (es kann auch ein ähnlich lautender Name sein) vorstellt, bei Geschäfts- und Privatleuten hauptsächlich deutscher Nationalität erscheint und angibt, in „halbamtlicher" Eigenschaft zu kommen. Er führt in einer alten Aktentasche eine in blauen Aktendeckel geheftete Liste mit, deren Seiten mit durchgezogenem Bindfaden und Siegel des Starostwo Grodzkie versehen sind. Unter Vorlegung der Liste ersucht er um Zeichnungen zugunsten der erwerbslosen Geistesarbeiter. Außerdem hat er einen „Ausweis" mit, der ihn zum Sammeln von Geldspenden „berechtigt". Auf diesem Ausweis ist die Unterschrift des Burgstarosten Herrn Staniszewski gefälscht, ebenso wie die neben dem Siegel im Aktendeckel befindliche.

Durch die Aufmerksamkeit eines hiesigen Kaufmanns wurde der Schwindel entdeckt, da diesem die Unterschrift des Burgstarosten genau bekannt ist und er die Fälschung auf den ersten Blick erkannte. Der Mann wurde zum nächsten Tage bestellt und die Burgstarostei benachrichtigt. Da er sich aber nicht zu der angegebenen Zeit einstellte, sondern erst bedeutend später kam, konnte seine Festnahme leider nicht erfolgen.

Es wird deshalb dringend vor dem Betrüger gewarnt! Beim Auftauchen ist sofort der nächste Schutzmann zu benachrichtigen, damit er den Gauner festnehmen kann. Der Betrüger, der sich auf dem Lande sogar als Vollziehungsbeamter des Starosten ausgab, ist von kleiner Statur und stark sonnengebräunt. Sein Alter ist schwer schätzbar, dürfte aber vielleicht um 30 Jahre herum sein. Er ist mit einem unmodernen Cutaway bekleidet und trägt dazu gelbe Schuhe. **

× **Apotheken-Nachtdienst** haben in der Zeit von Sonnabend, 2. Juli, bis einschließlich Freitag, 8. Juli, Adler-Apotheke (Apteka pod Łabędziem), Oberthornerstr. (3 Maja), sowie Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Lipowa). * *

╪ **Von der Weichsel.** Der Dampferverkehr war sehr lebhaft. Es trafen ein aus dem Oberlauf Dampfer „Pomorzanin" mit zwei leeren Kähnen, aus Warschau Dampfer „Warneńczyk" und aus Danzig Motorschlepper „Lubecki". Es fuhren ab nach Warschau Dampfer „Reduta Ordona" und nach Danzig Motorschlepper „Lubecki" mit einem mit Gütern beladenen Kahn sowie Dampfer „Undine" mit einer Holzladung. Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bezw. Danzig passierten die Dampfer „Goniec" bezw. „Witeź", auf der Fahrt von Danzig bezw. Dirschau nach Warschau kamen vorbei die Dampfer „Pośpieszny" und „Spółwisła" mit zwei Kähnen mit Zucker und zwei leeren Kähnen bezw. Dampfer „Halka". **

v **Öffentliche Ausschreibung.** Das Baukomitee des Hilfsgebäudes beim Staatlichen Coppernicus-Gymnasiums in Thorn (Komitet budowy pomocniczego budynku im. Kopernika w Toruniu) will die Malerarbeiten auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben. Nähere Informationen erteilt der Bauleiter im Bureau der Starostei des Kreises Thorn (Baureferat) in Thorn, ul. Słowackiego Nr. 16 (dawn. Państw. Urząd Budow. Naziemniego w Toruniu), daselbst sind die Offertformulare gegen Zahlung von 5 Złoty erhältlich. Offerten müssen in versiegelten Briefumschlägen mit der Aufschrift „Oferta na prace malarskie" spätestens bis zum 14. Juli 1932, 11 Uhr, bei dem genannten Amt eingereicht werden, worauf die Öffnung der Offerten in Gegenwart der evtl. erschienenen Offerenten erfolgt. Den Offerten ist eine Quittung der Kasa Skarbowa über eine in Höhe von 5 Prozent der Offertsumme hinterlegte Bürgschaft beizufügen. Das Recht der freien Auswahl der Bewerber bleibt vorbehalten. * *

╪ **Der Freitag-Wochenmarkt,** von schönstem Hochsommerwetter begünstigt, wies wiederum eine unübersehbare Fülle aller Artikel auf. Neu waren Johannisbeeren und Himbeeren, die 0,40 bzw. 1,50 kosteten, sodann Champignons, die pro Pfund mit 1,50 angeboten waren. Man notierte ferner: Rehfüßchen das Maß 0,20—0,25, Blaubeeren 0,40—0,50, Walderdbeeren 0,35—0,50 der Liter, Gartenerdbeeren 0,30—0,50, Stachelbeeren 0,30 bis 0,40, Kirschen 0,50—1,00, Gurken das Stück 0,15—0,70, Tomaten 2,50, Spinat 0,25—0,30, Spargel 0,20—0,60, Blumenkohl 0,20—1,20, Schoten 0,30—0,35, Kohlrabi die Mandel 0,60—0,80, Zwiebeln zwei Bund 0,15, frische Kartoffeln das Kilogramm 0,25, Bananen das Stück 0,30—0,50, Zitronen das Stück 0,15—0,20. Eier kosteten 1,30—1,50, Butter 1,10 bis 1,50, junge Hühnchen das Paar 1,50—2,50 usw. — Auf dem Fischmarkt in der Neustadt waren angeboten: Zander 1,80, Aale 1,30, Hechte 1,20, Schleie 1,00, Barse 0,90, Plötze und Wels 0,80, Karauschen 0,60—1,30, Bressen 0,60, Räucheraale pro Stück 3—4,00, Flundern das Bund 0,50, Bücklinge das Stück 0,25—0,40, Salzheringe das Stück 0,09—0,11 und Krebse das Stück 0,40—0,60. * *

v **Unvorsichtiger Chauffeur auf der Anklagebank.** Am Donnerstag hatte sich der Chauffeur Bernard Gołaszewski vor Gericht wegen Verursachung von Körperverletzung aus Fahrlässigkeit zu verantworten. Der Angeklagte fuhr im April d. J. in der Graudenzerstraße (Grudziądzka) eine Schülerin um, welche erhebliche Körperverletzungen erlitt. Das Gericht erklärte den Angeklagten auf Grund des Verhandlungsergebnisses für schuldig und verurteilte ihn zu 20 Złoty Geldstrafe. * *

╪ **Den Tod durch Ertrinken** fand Donnerstag nachmittag zwischen 7 und 8 Uhr ein 18jähriger Jüngling namens Edward Portaszkiewicz. Er hatte an verbotener Stelle am linken Weichselufer gebadet. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. * *

╪ **Leichenfund.** Ein 13jähriger Knabe bemerkte Donnerstag vormittag an der Schleuse des Grützmühlenteiches zum Grundstück der Firma E. Drewitz eine Kindesleiche und machte hiervon der Polizei Mitteilung. Die Sektion der Leiche ergab, daß das Kindchen, ein Knabe, etwa sieben Monate alt gewesen sein muß, daß dem Kind der Schädel eingeschlagen und daß es syphylitisch verseucht war. Ermittlungen nach der Mutter des Kindes wurden sofort aufgenommen. * *

╪ **Kohlendiebstahl.** Heute nacht gegen 3 Uhr bemerkte ein Schutzmann neun Männer, die Kohlen in der Richtung zur Eichbergstraße (Pod Dębową Górę) trugen. Bei seinem Anblick warfen sie ihre Lasten ab und flüchteten durch ein Roggenfeld nach Lissomitz (Lysomice). Der Schutzmann fand etwa 600 Kilogramm Kohlen, die von einem Zuge bei Lissomitz abgeworfen wurden. Die Kohlen wurden im 2. Polizeikommissariat deponiert und Schritte zum Ausfindigmachen der Diebe wurden sofort eingeleitet. * *

t. **Diebstahlschronik.** Aus dem Korridor des Militärlazaretts in der Kasernenstraße (ul. Koszarowa) wurde ein dem Bronisław Zieliński, Bergstraße (Podgórna) 4, gehörendes Fahrrad gestohlen. — In die an der Pułaskistraße Nr. 5 belegene Wohnung des Sergeanten Piotr Komaszewicz stieg ein Dieb durch ein offenstehendes Fenster ein. Er eignete sich eine Taschenuhr und einen Revolver an, wodurch K. um etwa 150 Złoty geschädigt wurde. * *

╪ **Aus dem Landkreise Thorn,** 1. Juli. Ein guter Griff glückte der Polizei in Aschenort (Popioły), wo in der Nacht zum Dienstag ein Einbruch in die dortige Molkerei versucht wurde. Da die Täter gestört wurden, mußten sie ohne Beute abziehen. Etwa eine halbe Stunde später wurde, ungefähr 150 Meter von der Molkerei entfernt, ein Mann gestellt, der sich als der bekannte Einbrecher Stefan Dobrowolski aus Alexandrowo entpuppte. Der „Spezialist" hatte zehn Dietriche und eine Drahtzange bei sich. Er wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. Am Tatort wurden noch drei andere Männer beobachtet, die aber leider entkommen konnten. * *

Die Brandkatastrophe in Kladau vor Gericht.

ch **Konitz,** 30. Juni. Heute stand in der Schule in Kladau die Brandkatastrophe bei dem Gastwirt Narloch zur Verhandlung. Zu verantworten hatten sich: der Fleischer Bernhard Narloch, der Landwirt und Gastwirt Hyronimus Narloch und dessen Ehefrau Klara Narloch, sämtlich aus Kladau. Dem ersten Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er in den Mittagsstunden des 25. Februar 1931 in Kladau das Grundstück seiner Mutter in Brand steckte, wobei die Scheune mit dem gesamten Inventar und Futtervorräten ein Raub der Flammen wurde. Gleichzeitig wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er auch im Wohnhaus einen Brand verursacht habe, wobei das gesamte Mobiliar sowie Wäsche und die Kleider vernichtet wurden. Den Eheleuten wird zur Last gelegt, daß sie ihren Sohn zu dieser Tat überredeten, um in den Besitz der Ver-

sicherungssumme zu gelangen. Ferner hatte sich der Ehemann Narloch wegen Versicherungsbetruges zu verantworten.

Bernhard Narloch gibt an, daß er von einer Brandstiftung nichts wisse. Auch sei ihm nicht bekannt, wie das Feuer entstanden sei. Die Behauptung des Zeugen Bontur, er, der Angeklagte, sei in der Scheune gewesen, weise er zurück. Die Mutmaßung, daß Bernhard N. auf diese Art Geld zu erhalten hoffte, um sich in Stargard als Fleischer selbständig zu machen, kann einstweilen nicht aufrecht erhalten werden, da der Angeklagte durch Zeugen den Nachweis erbrachte, daß er sich Geld borgte, während er einen Teil seiner Schuld mit Wechsel erledigte. Der zweite Angeklagte, H. Narloch, weist durch Zeugen nach, daß er bei Ausbruch des Feuers in Konitz weilte, wo er für seine Gastwirtschaft Wareneinkäufe machte. Er sei erst abends gegen 8 Uhr heimgekommen, wo er von seiner Scheune nichts mehr vorfand. Nach dem Brande baute N. die Scheune wieder auf und erst nach etwa einem weiteren Jahre wurde N. unter Anklage der Brandstiftung gestellt. Er erklärt, daß die Anzeige nur aus Rache gegen ihn gemacht wurde, da er mit dem Hauptbelastungszeugen in einem Prozeß steht. Verschuldet war der Angeklagte nicht, auf seinem 49 Morgen großen Grundstück ruht nur eine Hypothek von 3000 Złoty, dazu besitzt N. eine ertragreiche Landwirtschaft. Die Frage, warum N. sämtliche Sachen auf dem Boden hatte, begründete der Angeklagte damit, daß er die unteren Räume gebrauchte, denn in seinem Lokal wurden zwei Vergnügen abgehalten.

Nach Vernehmung der Angeklagten wurde dann an Ort und Stelle ein Lokaltermin abgehalten, um genauere Feststellungen zu machen. Der Hauptbelastungszeuge Bontur hatte vor dem Untersuchungsrichter unter Eid ausgeführt, daß er gesehen habe, wie der erste Angeklagte aus der Scheune kam. Nun wurde festgestellt, daß dies unmöglich gewesen sein könne, denn nicht einmal jetzt, wo die Scheune noch etwa zwei Meter weiter in die Hofeinfahrt gebaut wurde, kann man die Türen der Scheune von der Straße sehen. Andere Zeugen wollen auch bemerkt haben, daß Bontur erst an die Brandstelle kam, als die Scheune bereits in hellen Flammen stand. Die Polizeibeamten, die sofort auf der Brandstelle erschienen und die erforderlichen Feststellungen machten, konnten auch nichts Nachteiliges für die Angeklagten aussagen. Die Verhandlung wurde dann auf Montag vertagt; an diesem Tage wird auch das Urteil erwartet.

---

* **Löbau** (Lubawa), 1. Juli. Durch Feuer wurde neulich mittag in Otręba hiesigen Kreises das strohgedeckte Wohnhaus von Franciszek Kamiński mit einem Teil des Hausinventars eingeäschert. Der Schaden wird mit 5000 Zł. beziffert. Das Haus war bei der Pommerellischen Versicherungsgesellschaft in Thorn mit 2000 Złoty, das Hausgerät mit 3000 Złoty versichert. Außerdem war das ganze Grundstück mit lebendem und totem Inventar noch mit 30 000 Zł. versichert. Es besteht der Verdacht der Brandstiftung.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 30. Juni. Der Verband der deutschen Katholiken, Ortsgruppe Neustadt, pveranstaltete am 29. d. M., am Peter-Pauls-Feiertage, ein Wohltätigkeitsfest zum Wohle unserer Armen im neuerbauten Saale des Vereinsrestaurants Schmidt. Die Musik zum Tanz wurde von der Jünglingskapelle aus Oliva mit 20 Instrumenten ausgeführt. Für Unterhaltung war bestens gesorgt. Eine überaus fröhliche Stimmung hielt die Festteilnehmer bis zum frühen Morgen beisammen. — Ein Raubanfall wurde in Warszkau-Mühle verübt, indem nachts zwei Männer gewaltsam in die Wohnung eindrangen und zu plündern begannen. Die Besitzerfrau erwachte und rief nach Hilfe. Sie wurde gebunden und erheblich mißhandelt. Als die Banditen kein Geld auftreiben konnten, nahmen sie einen Drilling mit und entkamen unerkannt. — Einen Einbruch bei dem Lederhändler Werner Lemke am Markt leistete sich ein Mann namens Alfons Nastali aus der Stadt am hellen lichten Tage! Er ließ 75 Złoty Bargeld mitgehen. Die Polizei wurde aber seiner habhaft. — Grenzschutzbeamte hielten das Fuhrwerk des Josef Ladach aus Zelau an, welcher unter dem auf dem Wagen liegenden Grase zwei Rehe und einen Bock versteckt hatte. Er hatte Wild aus dem Gutsjagdrevier Zylicz-Gora unerlaubterweise geschossen.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 29. Juni. Bei dem Fleischermeister Cybulski in Groß-Schliewitz (Śliwice), Kreis Tuchel, brach nachts eine Person in den Ladenraum ein. Es war dem Dieb gelungen, unbemerkt von der Straßenfront des Hauses in den Laden zu gelangen. Er entwendete Fleischwaren im Wert von 130 Złoty. Eine sofort eingeleitete polizeiliche Untersuchung führte zu einer Haussuchung bei einem allseits bekannten Einbrecher in Linsk, Kreis Tuchel, wo auch tatsächlich die gestohlenen Fleischwaren vorgefunden wurden. Da der Dieb nicht anwesend war, beschlagnahmte die Polizei die Diebesbeute und lieferte diese dem Eigentümer wieder aus. Als der Dieb heimkehrte und erfuhr, was geschehen war, begab er sich zur Polizei nach Groß-Schliewitz und verlangte die Fleischwaren wieder zurück, da er selbige von einer ihm unbekannten Person gekauft (!) hätte. Natürlich fand er keinen Glauben bei der Polizei, wurde vielmehr gefesselt und dem Burggericht ausgeliefert.

x **Zempelburg** (Sępólno), 1. Juli. Bei dem am Mittwoch über unsere Stadt ziehenden Gewitter wurden durch einen kalten Schlag drei Pferde des Gutsbesitzers Hilgendorff in Witkau getroffen, wodurch ein Tier getötet, die beiden anderen jedoch nur betäubt wurden. — Am Dienstag, dem 5. Juli, findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt. — Auf dem letzten Wochenmarkt notierte man: Butter 1,20, Eier 0,90 die Mandel, Walderdbeeren 0,50 pro Liter, Gartenerdbeeren 0,60 (Pfund), Pfifferlinge 0,50 (Liter), grüne Stachelbeeren 0,50, junge Hühnchen 1,80—2,00, Puten 5—6,00, Suppenhuhn 2,50. — Auf dem Schweinemarkt zahlte man für das Paar Absatzferkel 30—38 Złoty, je nach Güte und Alter. — Eine Holzversteigerung veranstaltet die Oberförsterei Kl. Lutau am 8. Juli im Hotel Polonia aus den Revieren Emmichswalde, Swidwie und Lutau.

Gustav Adolftage in Stargard.

Hauptversammlung des Posener Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung in Stargard am 27. und 28. Juni 1932.

Nach altem Brauch beging der Posener Hauptverein der Gustav Adolf-Stiftung in der letzten Juniwoche seine Hauptversammlung, zu der ihn diesmal die Gemeinde Stargard eingeladen hatte. Vor 30 Jahren hatte hier zum letzten Male das Jahresfest des Westpreußischen Gustav Adolf-Hauptvereins stattgefunden. Stargard selbst und der ganze Kirchenkreis hat jedoch ältere Beziehungen zu dem Gustav Adolf-Verein und dem Manne, der diesem großen Liebeswerk seinen Namen gegeben hat. In der Nähe der inmitten herrlicher Wälder gelegenen Stadt hat der große Schwedenkönig eine schwere Verwundung erlitten, und vor 200 Jahren sind die Salzburger Emigranten, die um ihres Glaubens willen die Heimat verlassen mußten, auf ihrem Wege in die Fremde auch durch Stargard und Dirschau gezogen und haben durch ihren Glaubensmut und ihre Zuversicht die Evangelischen gestärkt.

Am Sonntage, dem 26. Juni, hatten in den größeren Gemeinden des Kirchenkreises Dirschau-Stargard Festgottesdienste mit auswärtigen Rednern als Auftakt stattgefunden.

Am Montag nachmittag fand sich in der prächtig geschmückten Katharinenkirche eine zahlreiche Gemeinde von Nah und Fern zum

Festgottesdienst

zusammen.

Als Festprediger war der Schriftführer des Pommerschen Gustav Adolf-Vereins, Superintendent D. Scheringer-Stettin, dem kürzlich die Universität Greifswald die Würde eines Ehrendoktors der Theologie verliehen hat, gewonnen worden. Unser Kirchengebiet ist mit dem Pommerschen Bruderverein besonders verbunden. Das Wort „Fürchte dich nicht, du kleine Herde“, bildete den Predigttext. Das Jubiläumsjahr des Gustav Adolf-Vereins stellt uns mehr als je das Bild Gustav Adolfs vor Augen, der nicht nur ein Kriegsmann, sondern zu allererst ein Glaubensheld gewesen ist. Derselbe zuversichtliche Glaube soll auch die Kirche in der Diaspora stärken.

Die Schlußansprache hielt Generalsuperintendent D. Blau über Paulus Mahnung an die Römer „Nehmet euch der Notdurft der Heiligen an“. Diese Mahnung des Apostels ist besonders zeitgemäß. Die Gemeinschaft der Liebe ist das tiefste Geheimnis der Kirche Christi. Die Gustav Adolf-Arbeit, die das Werk der Liebe tut, hilft darum auch nicht mit Trostworten, sondern mit der Tat. Musikalisch ausgestaltet wurde der eindrucksvolle Festgottesdienst, dessen Liturg der Ortspfarrer Wendland war, durch die vereinigten Kirchenchöre Krangen und Schöneck unter Leitung des Gemeindehelfers Bunn aus Krangen.

Der Abend versammelte die Festgemeinde im Klubhause zu einer

Gemeindefeier.

Nach musikalischen Darbietungen des gemischten Chores Stargard unter seinem Dirigenten Lehrer Schenzel und des Streichorchesters Krangen-Schöneck, das auch von Diakon Bunn geleitet wird, erzählte Superintendent D. Scheringer von seiner 13jährigen Tätigkeit unter den deutschen Evangelischen in Argentinien. Vor den Zuhörern erstand das Bild der deutschen evangelischen Auswanderer, die sich in harter Mühe und Arbeit durchkämpfen mußten, bis sie endlich im Jahre 1843 so viel Geld gesammelt hatten, daß sie in Buenos Aires einen Bauplatz für eine deutsch-evangelische Kirche kaufen und einen Pastor berufen konnten. Auf dem Lande haben sich die Evangelischen wieder und wieder um die Bibel gesammelt, aus deren Quellen sie Kraft zum Ausharren schöpften.

Die enge Verbundenheit zwischen Kirche und Gustav Adolf-Verein ließ als zweiter Redner Pfarrer Zellmann-Schroda lebendig werden. Die letzten 100 Jahre haben gezeigt, wie eng die Kirche und der Gustav Adolf-Verein zusammengehören. Der Gustav Adolf-Verein will nicht über die Kirche herrschen, sein Ziel ist, ihr zu dienen, wie es der Wunsch und das Vermächtnis des Gründers D. Großmann war.

Mit einer ernsten Frage wandte sich am Schluß Superintendent Harhausen-Dirschau an die Gemeinde: Haben wir den Schatz noch in unserem Lande, für den Gustav Adolf vor 300 Jahren mit dem Schwerte gekämpft und sein Leben gelassen hat? Wo er verschüttet und verborgen ist durch allerlei Äußerlichkeiten, wollen wir ihn heben und in unserem Herzen bewahren!

Mit dem gemeinsam gesungenen Schutz- und Trutzlied Luthers schloß die eindrucksvolle Feier.

Am Morgen des nächsten Tages riefen die Glocken die Kinder und Jugendlichen der Gemeinde zum Jugendgottesdienst, den Superintendent Schulze-Gnesen hielt.

Anschließend fand die Öffentliche Hauptversammlung im Gemeindehause statt. — Nach einer Andacht und herzlichen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden, des Superintendenten und des Gemeindekirchenrates wurde der Jahresbericht von dem Schriftführer Konsistorialrat Hein erstattet. Auch im vergangenen Jahre konnte der Gustav Adolf-Verein zahlreichen Gemeinden in ihren Nöten helfen. Besonders hat er in letzter Zeit sein Augenmerk auf die allgemein-kirchlichen Nöte in unserem Kirchengebiet und die schwere Lage der Glaubensbrüder in Galizien, Wolhynien und Kongreßpolen gerichtet. Die Jubiläumssammlung, die nun ihrem Abschluß zugeht, hat auch im letzten Jahre überall einen schönen Erfolg gezeitigt. — In Vertretung des Schatzmeisters erstattete Obersekretär Kothe-Posen den Kassenbericht.

Besondere Festgaben wurden überreicht vom Kirchenkreis Dirschau, vom Diakonissenverein Dirschau, von den evangelischen Gemeinde- und Volksvereinen in Dirschau und Stargard, von den Kreisvereinen Culm, Konitz und Thorn. Die Kinder des Kindergottesdienstes hatten eine Festgabe von 201,50 Złoty gesammelt, die von dem Knaben Hans Schoeler mit einem Gedicht überreicht wurden, wofür der Herr Generalsuperintendent ebenfalls in Versen dankte. Der Pommersche Hauptverein stellte eine besondere Festgabe als Vertrauensgabe in Aussicht.

Für die große Liebesgabe waren vorgeschlagen: Bolschau in Pommerellen, das für seinen Kirchturm, der einzustürzen droht, um Hilfe bat, 2. die Gemeinde Morocholina in Galizien, für die Vollendung des Bethausbaues und 3. die Kreuzkirchengemeinde in Posen für die Tilgung ihrer Bauschulden. Bei der Abstimmung ging Bolschau als Sieger hervor mit 4000 Złoty, die beiden anderen Gemeinden erhalten je 2000 Złoty. Im Namen der siegenden Gemeinde dankte Superintendent Syring-Neustadt.

Für die nächste Tagung hat die Gemeinde Neutomischel den Hauptverein eingeladen. — Zum Schluß fanden sich die Festteilnehmer zu einem gemeinsamen einfachen Essen im Hotel Seidel zusammen und verließen im Laufe des Nachmittages die gastfreundliche Gemeinde. pz.

Kleine Rundschau.

Schüsse auf dem Friedhof.

Am Donnerstag fand auf dem Wiener Zentralfriedhof die Beisetzung des Professors für Botanik an der Universität Wien, Wettstein, statt. Während der Gedächtnisrede des Rektors der Universität, Prof. Abbel, schoß auf ihn der Professor der Zoologie Karl Schneider. Der Schuß ging fehl. Der in unmittelbarer Nähe von Professor Schneider stehende Bürgermeister der Stadt Wien, Seitz, sprang sofort hinzu, konnte dem 64jährigen Professor Schneider die Waffe entwinden und ihn der Polizei ausliefern. Prof. Schneider soll, während er den Schuß abgab, ausgerufen haben: „Wir müssen endlich abrechnen!“ Nach diesem Vorfall beendete der Rektor seine Ansprache. Im Polizeigewahrsam gab Prof. Schneider die Erklärung ab, daß ihn sowohl der Rektor Prof. Abbel wie der verstorbene Prof. Wettstein die größten Hindernisse in den Weg gelegt hätten, damit er nicht zum ordentlichen Professor für Zoologie aufrückte. Es besteht die Annahme, daß Prof. Schneider nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist.

Rundfunk-Programm.

Montag, den 4. Juli.

Königswusterhausen.

06.20 ca.: Frühkonzert. 09.30: K. W. Goldschmidt: Pessimismus und Optimismus. 12.00: Wetter. Anschl.: Die Berliner Philharmoniker spielen (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderstunde. E. von Recklinghausen: Ria und das Preisausschreiben (III). 15.40: Stunde für die reifere Jugend: Die schöne Grenzmark Posen—Westpreußen. 16.00: Pädagogischer Funk. Lehrer Hermann Hasenauer: Lehrer als Dichter (II): Wilhelm Schäfer. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Hochschulfunk. Prof. Dr. Albert Dietrich: Die großen Philosophen als Erzieher (I). 18.00: Erlebnis a. d. Zeichnung (III). William Wauer: Ludwig Richter, Wilhelm Busch, Heinrich Zille. 18.30: Vom deutschen Handwerk (I). Min.-Dir. Schindler: Handwerk und Staat. 18.55: Wetter. 19.00: Aktuelle Stunde. 19.20: Stunde des Landwirts. Forstmeister Junack: Das Zusammenleben von Pflanzen und Tieren im Walde. 19.35: Reiseeindrücke aus Ostasien. Staatsminister a. D. Prof. Dr. C. H. Becker: Niederländisch-Indien. 20.20: Von Wien: Volkstümliches Konzert. 22.00: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.30—24.00: Von Leipzig: Unterhaltungskonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 11.30 ca.: Von Hamburg: Konzert. 13.05 ca.: Richard Wagner (Schallplatten). 14.05: Schallplatten. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30: Das Buch des Tages. 18.30: Abendmusik auf Schallplatten. 19.30: Wetter. Anschl.: Gerhart Pohl: Vom Samland und der Kurischen Nehrung. 20.00: Von München: Bunte Stunde. 21.00: Von Frankfurt: Unterhaltungs-Konzert.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 11.05: Jagdfunk. Oberschullehrer Paul Butsch, Treuburg: Einbürgerungs- und Zuchtversuche mit Fasanen in der rauhesten Ecke Ostpreußens. 11.30: Von Hamburg: Konzert im Leineschloß. 13.05—14.30: Schallplatten. 16.00: Jugend erzählt. Geschichten unbekannter Autoren: Erich Koehler. 16.30: Von Breslau: Konzert. 17.30: Königsberg: Trinklieder auf Schallplatten. 17.30: Danzig: Schallplatten. 17.45: Bücherstunde. 18.25: Die Stunde der Stadt Danzig. Dr. Friedrich Lorentz: Die Dorfverfassung unter der Herrschaft des Deutschen Ordens. 19.25: Autorenstunde. 20.00: Von Wien: Volkstümliches Konzert.

Warschau.

12.45 und 13.35—14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 15.40: Schallplatten. 17.00: Konzert der Bauernkapelle von Adam Stromberg. 18.20: Leichte Musik und Tanzmusik. 20.00: Festveranstaltung zur Unabhängigkeitsfeier der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Dienstag, den 5. Juli.

Königswusterhausen.

06.20 ca.: Frühkonzert. 12.00: Wetter. Anschl.: Solistenkonzert (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Wilhelm Mütze: Die Körnchen auf der Erdbeerfrucht. 15.40: Werner Krause: Schwimmen und Atmen. 16.00: Frauenstunde. Maria Freifrau von Gayl: Ferien für unsere Mütter. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Prof. Dr. Curt Sachs: Die Kulturgeschichte des Tanzes (III). 18.00: Prof. Julius Dahlke: Der Laie und das Klavier: Die Sonatine (I). 18.30: Prof. Carnap: Alte und moderne Trugschlüsse, ein Kapitel aus der Logik. 18.55: Wetter. 19.00: Aktuelle Stunde. 19.20: Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch: Falsche Berufsromantik (I). 19.35: Dr.-Ing. Paul Zucker: Technik und Persönlichkeit (II). Anschl.: Wetter (Wiederholung). 20.00: Von Breslau: „Pajaz führt“. 21.00: Wetter, Nachrichten und Sport (I). 21.15: Von München: Aus der Jugendzeit Carl Maria von Webers. 22.15: Von Berlin: Wetter, Nachrichten und Sport (II). Anschl. bis 24.00: Von Hamburg: Spätkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Hamburg: Konzert. 11.30 ca.: Was der Landwirt wissen muß! Ausbildung des Landarbeiters (I). 11.50: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Schallplatten. 16.00: Das Buch des Tages. 16.30: Lieder. 17.00: Kleine Klaviermusik (Schallplatten). 17.20: Kinderfunk. 17.45: Das Deutsche Museum. 18.10: Deutsches Kulturleben im Spiegel der künstlerischen Karikatur. 18.30: Rudolf Dellinger, zum 75. Geburtstag des Komponisten. 19.30: Wetter. 20.00: Von Gleiwitz: „Pajaz führt“. Volkskundlicher Streifzug durch Oberschlesien von Alfons Hayduk und Paul Kania. 21.10: Alte Tänze.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 11.05: Landwirtschaftsfunk. Umfang und wirtschaftliche Bedeutung der landwirtschaftlichen Tierhaltung. 11.30: Unterhaltungskonzert. 13.05: Königsberg: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Die Stunde der Arbeit. 18.30: Abendmusik. 19.55: Der nationale Wille zur Selbstbehauptung in Ostpreußen. 20.20: Leipziger Kammerduett. Alte Kammerduette. 21.00: Walter Flex zum Gedenken! 21.30: Königsberger Streichquartett. Hewers, Wieck, Wieck-Hulisch, Kirchberger.

Warschau.

12.45 und 13.45—14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 15.30: „Flugwesen“. 15.40: Schallplatten. 17.00: Populäres Sinfonie-Konzert. Philh. Orch. 18.20: Tanzmusik. 20.00: Populäres Konzert. Philh. Orchester und Szleminska, Sopran. 21.10: Konzert-Fortsetzung. 22.00: Tanzmusik. 22.50: Tanzmusik.

Kleine Rundschau.

Das elfenbeinerne Haus Ahabs entdeckt?

Ausgrabungen der Britischen Archäologischen Schule haben in Samaria kürzlich kunstvoll geschnitzte elfenbeinerne Wandbekleidungen zu Tage gefördert, von denen man annimmt, daß sie zu dem in der Bibel erwähnten elfenbeinernen Hause des Königs Ahab gehörten. Eine dieser Platten zeigt einen Kampf in Hochrelief zwischen einem Stier und einem Löwen, eine andere Cherubine und Sphinxe, eine dritte endlich trägt eine noch nicht enträtselte Darstellung. Der Entdeckung kommt insofern besondere Bedeutung zu, als sie uns einen Beweis für den Stand der Elfenbeinschnitzerei im neunten Jahrhundert vor Christus liefert.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

E. H. 29. Ihre Tochter hat Anspruch auf die Bezahlung eines Ferien-Monats, da doch wohl die Zeit, die sie in der besagten Stellung verbracht hat, als volles Dienstjahr gerechnet werden kann. Der Anspruch auf die Entschädigung verjährt in zwei Jahren. (§ 196 Ziffer 7 des B. G.-B.)

„Carlsbach". Freiwillige Beiträge auf Grund des Invaliditätsgesetzes dürfen für mehr als ein Jahr zurück nicht entrichtet werden. Ihre Anwartschaft lebt wieder auf, wenn Sie wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuern und danach eine Wartezeit von zweihundert Beitragswochen zurücklegen. Bei Anfragen bitte ein Merkzeichen anzugeben, unter welchem man Antwort haben will. Das empfiehlt sich um so mehr, wenn der Name wie in Ihrem Falle nicht zu entziffern ist.

v. G. Wenn die Klage beim Bezirksgericht in Bromberg anhängig war, muß Ihnen der Kläger die Kosten ersetzen. Sie können ihn entweder deshalb verklagen oder den Anspruch im Laufe des weiteren Verfahrens in Graudenz geltend machen. Der Rechtsanwalt erhebt die Gebühr nach der Höhe des Objekts. Bei einem Objekt von 5400—6700 Złoty beträgt die Gebühr 106 Złoty.

W. H. in Gr. Wir erteilen nur Auskunft an solche Anfrager, die sich als Abonnenten der „Deutschen Rundschau" ausweisen.

„10 001". Einen gesetzlichen Anspruch haben Sie nicht. Sie hätten Ihr Recht innerhalb eines Jahres nach dem Tode Ihres Sohnes geltend machen müssen. Wenden Sie sich durch Vermittlung des zuständigen Starosten an das Kriegsministerium.

M. F. Wenn es sich um eine Darlehnshypothek handelt, hat der Gläubiger nur Anspruch auf eine Aufwertung von 15 Prozent = 240,73 Złoty. Wenn es sich aber um eine Restkaufgeldhypothek handelt, oder wenn die Hypothek entstanden ist aus der Teilung gemeinschaftlichen Vermögens, so hängt die Aufwertung davon ab, ob das belastete Grundstück noch denselben Wert hat wie im Jahre 1903, oder ob es an Wert verloren hat. Im ersteren Falle, der aber sehr unwahrscheinlich ist, wäre volle Aufwertung = 1 604,90 Złoty zu zahlen, anderenfalls wird die Aufwertung der Wertverminderung prozentual entsprechend festgesetzt.

Paula J., Bromberg. Vor Vollendung des 65. Lebensjahres haben Sie auf eine Altersrente keinen Anspruch.

Kazimierz S., hier. Das fragliche Urteil ist noch in voller Kraft, und die Forderung kann noch heute beigetrieben werden. Vom fälligen Lohn kann nur 1/5 beschlagnahmt werden.

„Gutssekretärin". 1. Die Zeit der hiesigen Versicherung wird in Deutschland angerechnet, verloren ist nichts. 2. Sie haben jedes Jahr einen vollbezahlten Urlaub von einem Monat.

„Unfallrente". Auf Unfallrente hat ein Versicherter nur Anspruch, wenn er durch den Unfall zu zwei Drittel erwerbsunfähig geworden ist.

K. O. G. Diese Bestimmung besteht nach wie vor zu Recht; die bei Erlaß der Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 noch nicht verjährten Hypothekenzinsen, das sind auch die Zinsen vom Jahre 1920, wurden auf Grund der genannten Verordnung dem Kapital zugerechnet, galten also sozusagen als bezahlt und konnten deshalb nicht verjähren. Bei Hypotheken, die auf Mietshäusern lasten, unterlagen dieser Bestimmung die Zinsen vom 1. 1. 20 bis 31. 12. 24, bei den anderen Hypotheken umfaßte diese Bestimmung nur die Zinsen bis 30. 6. 24, so daß die nach diesem letzteren Datum fälligen Zinsen verjähren konnten. An dieser Rechtslage hat sich seitdem nichts geändert.

„Provision". Wenn der Vertrag nicht befristet war, gilt er solange, bis er durch Kündigung aufgehoben wird. Von einer Verjährung ist nicht die Rede. Sie können Ihre Ansprüche voll geltend machen.

Josef St., hier. Sie sind an den Vertrag nicht gebunden und brauchen nur 19,68 Złoty zu zahlen. Die Vermieterin macht sich durch ihre exorbitant hohe Forderung strafbar. Wenden Sie sich an das Mieteinigungsamt mit dem Antrage auf Festsetzung der Miete.

Meta G. in J. Das einzige Mittel ist Insektenpulver.

M. P., Okole. 1. Wenn die Miete hinter der gesetzlichen Miete, d. h. der Miete vom Juni 1914, umgerechnet in Złoty auf der Grundlage von 1 Mark = 1.23 Złoty, zurückbleibt, können Sie die Differenz einklagen. 2. Sie werden den neuen Ehemann der Mieterin nicht zurückweisen können, da die jetzige Mieterin auf die Wohnung ein gesetzliches Recht hat, und Sie ihr das Heiraten nicht verbieten können.

---

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 149.

Bromberg, Sonntag den 3. Juli 1932.

Kindermann und die Franzosen.

Bromberg, 1. Juli.

Gestern vormittag wurde vor dem Einzelrichter Taczak des hiesigen Kreisgerichts eine Privatklage des Drogisten Leo Kindermann in Bromberg gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau" Johannes Kruse verhandelt. Die „Dtsch. Rundschau" hatte vor den letzten Sejmwahlen, als Herr Kindermann eine erfolglose Splitterliste gegen die Einheitsfront der Deutschen in unserem Wahlbezirk aufgestellt hatte, auf Grund glaubwürdigster Informationen mitgeteilt, daß der aus Lodz stammende, bis dahin in unserer Stadt recht unbekannte Herr Kindermann während seiner früheren Tätigkeit im rheinischen Besatzungsgebiet eine zweifelhafte Rolle gegenüber dem Deutschtum gespielt habe und als französischer Agent tätig gewesen sei. Wesentlich später hat Herr Kindermann, der übrigens bei den Wahlen mit seiner Liste, auf der noch ein früherer Zuchthäusler figurierte, ein völliges Fiasko erlebte, wegen dieser notwendigen Aufklärungstätigkeit den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau" in einem Beleidigungsverfahren verklagt. In diesem Verfahren kam es gestern zur ersten Hauptverhandlung. Herr Kruse wurde durch den Rechtsanwalt Spitzer, Herr Kindermann durch den Rechtsanwalt Hoeppe, beide in Bromberg, vertreten.

Nach einer kurzen Vernehmung des Angeklagten beschloß das Gericht die Einvernahme des von der Verteidigung geladenen und eigens dazu aus dem Rheinland herbeigekommenen Buchhalters Hubert Settels von den Erftwerken in Grevenbroich bei Düsseldorf. Bei diesem Industrieunternehmen, einer großen Aluminiumfabrik, war Herr Kindermann in den Jahren 1918 und 1919 zugleich mit dem Zeugen beschäftigt gewesen. Die Aussage des Zeugen Settels versetzte uns in die eigenartige Zeit der Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen. Das kleine, damals etwa 4000 Einwohner zählende Städtchen Grevenbroich und die wenig davon entfernte Aluminiumfabrik bildeten den Ort der Handlung, die dieses Verhör jetzt nach 12 Jahren aufrollt. Vorweg sei berichtet, daß der vereidigte Zeuge in Herrn Kindermann seinen früheren Kollegen (K. war damals Chemiker im Laboratorium der Erftwerke) sofort wiedererkennt, während der Privatkläger für diesen Punkt kein Erinnerungsvermögen aufzubringen vermag. Der Zeuge behauptet demgegenüber: „Jawohl, Herr Kindermann, ich kenne Sie natürlich, ich habe doch im Zimmer neben Ihnen gearbeitet!" Im Fragespiel zwischen dem Richter, den Rechtsanwälten und dem Privatkläger mit dem eidlich vernommenen Zeugen entrollt sich nun vor unseren Augen folgender Tatbestand, der jedem unbefangenen Zuhörer seine Schlüsse über die in diesem Prozeß beanstandete Mitteilung unserer Zeitung gestattet:

Am 15. Dezember 1918 wurde die Aluminiumfabrik infolge der Okkupation geschlossen. Vorher waren die Erftwerke Heereslieferanten für die deutsche Armee. Nach Weihnachten, zu Beginn des Jahres 1919, wurde die Fabrik teilweise wieder in Betrieb gesetzt. In der Zwischenzeit waren im rechtsrheinischen Reichsgebiet beheimatete Arbeiter und Angestellten in das unbesetzte Deutschland gefahren, um dort das Weihnachtsfest zu verleben. Da sie von der französischen Besatzungsbehörde keinen Paß erhalten konnten, hatten sie heimlich die Grenze überschritten. Nach ihrer Rückkehr wurden sie teilweise von den Franzosen verhaftet bzw. in Geldstrafe genommen. **Es ist nun auffallend, daß gerade die Mitarbeiter des Herrn Kindermann im Laboratorium mit solchen Geldstrafen belegt wurden.** Der Zeuge nimmt an, daß das übrige Personal, das dasselbe „Vergehen" begangen hatte, deshalb straflos ausging, weil die Franzosen keine Kenntnis von der Wiedereinstellung dieser Leute hatten. „Wir folgerten daher", so gab der Zeuge zu Protokoll, „daß von den Personen, die bestraft wurden, die französischen Behörden durch den Privatkläger Kenntnis erhalten hätten."

„Am 18. Januar 1919 wurde der Privatkläger wegen Mangels an Arbeit entlassen. **Als er seine Kündigung erhielt, verließ er die Firma mit Drohungen: er werde dieser schon etwas einbrocken. In der Tat wurden drei Tage später, nämlich am 21. Januar 1919, zwei Fabrikdirektoren zum französischen General Bablon gerufen. Dort mußten die Direktoren einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, Herrn Kindermann eine Entschädigungssumme von 10 000 Frank auszuzahlen. Die Auszahlung des Geldes mußte noch am gleichen Tage bis 12 Uhr mittags erfolgen, bei Androhung von Repressalien.** Der Privatkläger erhielt diese Summe und dazu ein dreimonatliches Gehalt zur angegebenen Zeit pünktlich ausgezahlt. Das Gehalt für die drei Monate, das dem Vertrage nach dem Privatkläger zustand, wollte die Firma bereits freiwillig, aber nur zum Ersten jeden Monats zur Auszahlung bringen. Was die Zahlung der 10 000 Frank anbelangt, so nimmt der Zeuge an, daß es sich dabei um die Entschädigung für einen Betriebsunfall handelte, den der Privatkläger im Oktober 1918 erlitten hatte. Nach der eidlichen Aussage des Zeugen können die Verletzungen des Privatklägers, die er sich an seinen Augen zugezogen hatte, nicht sehr erheblich gewesen sein; **denn es war ihm möglich, einige Zeit nach dem Unfall, schon in den letzten Monaten des Jahres 1918, seine Präzisionsarbeit im Laboratorium wieder in vollem Umfange zu verrichten.** Herr Kindermann war in der Lage, seine Arbeiten, die die volle Sehkraft des Ausübenden erfordern, sogar ohne blaue Schutzbrille auszuführen.

Ein von der Chemischen Berufsgenossenschaft ausgestelltes Gutachten, das die Verteidigung des Privatklägers vorbrachte, und in welchem diesem für die Unfallrente eine 100prozentige Erwerbsunfähigkeit bescheinigt wurde, war dem Zeugen bisher unbekannt. Er erklärt diese Bescheinigung damit, daß sie nur die volle Erwerbsunfähigkeit für die Zeit unmittelbar nach dem Unfalle festgestellt haben dürfte, wobei die Möglichkeit gegeben war, daß bei einer späteren Untersuchung die Rente herabgesetzt werden würde. **Die Tatsache der faktischen Arbeitsfähigkeit bald nach dem Unfall stehe dagegen fest.** Der Antrag um Zuerkennung einer Entschädigung von seiten der Reichsversicherung für Angestellte sei dagegen abgelehnt worden. Auf die Frage des Rechtsanwalts Hoeppe, ob die Firma überhaupt den Unfall bei der Reichsversicherungsanstalt angemeldet und eine Entschädigung beantragt habe, beantwortet der Zeuge mit dem Bemerken, daß ein ablehnender Bescheid natürlich einen Antrag voraussetze. Außerdem sagt der Zeuge aus, daß der Privatkläger bei der Reichsversicherungsanstalt angemeldet gewesen sei. Die Frage des Rechtsanwalts Hoeppe, ob dem Zeugen bekannt sei, daß Herr Kindermann in ärztlicher Behandlung in Bonn war, von wo aus er dann zur Behandlung nach Straßburg im Elsaß überwiesen worden sei (Straßburg gehörte damals bereits zum französischen Staatsgebiet), wurde verneint.

Der Richter nahm jetzt wieder die eingangs gestellte Frage auf, woraus der Zeuge schließe, daß Herr Kindermann mit den Franzosen zusammengearbeitet habe, so daß er als Nachrichtenagent anzusehen sei. Dieses Kernproblem des Prozesses wird durch folgende Aussagen des Zeugen beleuchtet: **„Es ist mir bekannt, daß der Privatkläger Lebensmittel in den Verkaufsstellen der französischen Besatzungsstellen kaufen konnte, bei denen ausschließlich Mitglieder der Okkupationsbehörden ihre Einkäufe tätigen konnten. In Grevenbroich gab es noch andere Personen russischer und polnischer Nationalität, auch Holländer und Schweizer, denen das Recht, in diesen Verkaufsstellen Lebensmittel zu kaufen, nicht zustand. Dieses weiß ich aus eigener Beobachtung!**

„Nach 9 Uhr abends war es keinem Zivilisten gestattet, auf die Straße zu gehen. Der Privatkläger dagegen durfte ebenso wie ein Elsässer, der für verdächtig gehalten wurde, nach 9 Uhr abends frei die Straßen passieren. **Er muß also einen besonderen Passierschein der Besatzungsbehörde besessen haben."** Diese Aussage stützt der Zeuge auf die Mitteilung von Stadtbewohnern, die in der Nähe des Hauses wohnten, in dem Privatkläger lebte, und die ihn häufig nach 9 Uhr abends auf der Straße beobachten konnten.

Der Ruf, den Herr Kindermann durch alle diese Umstände bei den Bewohnern von Grevenbroich genoß, veranlaßte diese, sich gegenseitig vor Kindermann zu warnen. „Als ich in einem der ersten Monate des Jahres 1919" — so gab der Zeuge zu Protokoll — „auf dem Rathause war, in dem die deutsche Polizeibehörde und gleichzeitig die französische Kommandantur untergebracht waren, sah ich den Privatkläger, wie er im Korridor des Stockwerkes auf und ab ging, in dem die französische Kommandantur ihren Sitz hatte. Ich hörte, wie man im Flur, an dem die Bureaus der deutschen Polizei lagen, sich zuraunte: **„Vorsicht, Kindermann kommt!"**

Der Zeuge gab weiter an, daß eines Tages der Direktor Lueck der Erftwerke ohne Paß nach Berlin gereist wäre. Diese Reise brachten die Okkupationsbehörden in Erfahrung, und es wurde ein Urteil gefällt, auf Grund dessen er nicht mehr nach Grevenbroich zurückkehren durfte. Von der Berliner Reise des Direktors wußten nur seine Beamten Bescheid. Der Zeuge beobachtete ferner, **daß der Privatkläger im französischen Offizierskasino verkehrte.** Herr Kinderman wurde auch von dem Zeugen und anderem Bureaupersonal gesehen, **wie er zusammen mit einer Kommission französischer Offiziere zur Fabrik gefahren kam.** Der Privatkläger blieb vor der Fabrik. Die französische Komission begab sich in die Bureauräume und stellte umfangreiche Nachforschungen nach einem neuen Fabrikationsverfahren in der Fabrik an, bei dem es sich angeblich um eine von Herrn Kindermann gemachte Erfindung handeln sollte. Die Nachforschungen verliefen jedoch negativ; denn die Fabrik arbeitet auch heute noch nach dem alten System.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Spitzer, wann Herr Kindermann die Stadt verlassen habe, antwortete der Zeuge, **daß der Privatkläger zusammen mit der ersten französischen Besatzungstruppe verschwunden sei.** Er habe sich damals noch nicht beim Einwohnermeldeamt abgemeldet. Kurze Zeit darauf habe die Firma einen Brief von Rechtsanwälten aus Straßburg (Elsaß) erhalten, die im Auftrage des Herrn Kindermann die Entschädigungsfrage neu aufrollten. An die deutschen Gerichte habe sich der Privatkläger nicht gewandt.

Auf die im Verlauf des Verhörs von Rechtsanwalt Hoeppe gerichtete Frage, woher er alles dies und vor allem die Daten so genau wisse, antwortete dieser, daß er das, was er nicht aus eigener Beobachtung in Erinnerung habe, von den Akten der Firma her kenne.

Nach Schluß der eingehenden Vernehmung des Zeugen Settels wurde eine Pause eingelegt, in der die erregte Ehefrau des Privatklägers den Zeugen auf dem Korridor des Gerichts schwer beleidigte. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung wurde Frau Anni Kindermann geb. Migdalski, gleichfalls unter Eid, über die rheinische Vergangenheit ihres Mannes ausführlich vernommen. Auf die Frage des Richters, ob ihr etwas darüber bekannt sei, daß ihr Ehemann während seines Aufenthaltes in Deutschland Agent der französischen Besatzungsbehörden gewesen sei, erklärte die Zeugin diese Behauptung für eine „böswillige Verleumdung". Die Zeugin berichtet sodann, sie habe sich nach dem Unfall ihres Mannes zur Direktion des Werkes begeben und mit dem (inzwischen verstorbenen) Direktor Greulich wegen der Auszahlung einer Entschädigung Rücksprache genommen. Nicht ihr Mann, sondern sie selbst sei es gewesen, die den französischen General um seine Vermittlung gebeten habe. Der General habe zunächst davon nichts wissen wollen; doch habe er dann auf ihr Flehen hin versprochen, sich der Sache anzunehmen. Vorher sei sie bei einem Rechtsanwalt in Köln gewesen, der ihr auch nicht habe helfen können. Nach einer Bemerkung des Privatklägers versichert Frau Kindermann jedoch, daß sie von diesem Rechtsanwalt den Rat erhalten habe, sich an die Franzosen zu wenden, da sie doch russische Staatsangehörige wären.

Daß sie die Erlaubnis zum Einkauf von Lebensmitteln bei der französischen Militärkooperative erhalten habe, gibt Frau Kindermann zu; sie habe sich selbst darum bemüht. Ob noch andere Einwohner dort ihre Einkäufe machten, könne die Zeugin nicht angeben. Ihr Mann habe auch keinen Passierschein besessen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Hoeppe gibt die Zeugin zu, daß sie auch noch nach 9 Uhr auf den Straßen gewesen sei, wenn sie mit ihrem Manne von ihren Reisen zurückgekehrt wäre. Nach der Explosion, die am 1. November stattgefunden habe, hätte der Privatkläger noch einen Autounfall erlitten, wobei er am Bein erheblich verletzt worden sei. Fast erblindet und lahm hätte sich ihr Mann überhaupt nicht fortbewegen können, folglich könne er auch nichts mit den Franzosen zu tun gehabt haben. Die Zeugin gibt aber später zu, daß sie ihren Mann zur Arbeit in die Fabrik begleitet habe.

Wegen der Augenbehandlung des Privatklägers habe sie sich mit ihm wiederholt zu einem Professor nach Bonn und dann auf dessen Anraten zu einem berühmten Spezialisten nach Straßburg im Elsaß begeben. Aus den Aussagen der Zeugin, die sich nicht mehr daran erinnern kann, daß sie gemeinsam mit der ersten französischen Besatzungstruppe Grevenbroich verlassen hätte, geht endlich hervor, daß die Familie Kindermann, die sich erst viel später in Grevenbroich abmeldete, ihre Möbel bei einer bekannten Familie eingestellt hatte. Die Möbel wurden später von dieser Familie verkauft; der Erlös wurde der inzwischen nach Polen verzogenen Frau Kindermann nachgeschickt.

Mit der Vernehmung der Frau Anni Kindermann wurde die Verhandlung geschlossen und der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt. Laut Beschluß des Gerichts **sollen noch auf Antrag der Verteidigung zwei Zeugen in Grevenbroich kommissarisch vernommen werden,** die in der fraglichen Zeit Mitarbeiter des Privatklägers gewesen sind. Auch sollen von den Erftwerken die Personalakten über Herrn Kindermann zu den Gerichtsakten eingefordert werden.



300 Jahre Universität Dorpat.

Der große Schwedenkönig Gustav Adolf hat kurz vor seinem Tode am 30. Juni 1632 in Nürnberg die Stiftungsurknude für die Universität Dorpat unterzeichnet. An den Schicksalen dieser Universität, die von den Schweden begründet wurde, an der aber meist deutsche Professoren wirkten, spiegeln sich die wechselvollen politischen Ereignisse wider, denen Livland im Laufe der Jahrhunderte unterworfen war. Schon 24 Jahre nach der Gründung wurde Dorpat von den Russen wiedererobert und die Universität vernichtet. Karl XI. von Schweden rief sie 1690 wieder auf kurze Zeit ins Leben zurück, Peter der Große schloß sie wieder, nachdem er im Jahre 1710 den Schwedenkönig Karl XII. endgültig besiegt hatte. Für ein Jahrhundert war der wirtschaftliche Wohlstand dieses einst blühenden Landes vernichtet, und erst 1802 konnte unter der Herrschaft des Russenzaren Alexanders I. die Universität Dorpat ihre Tore wieder öffnen. Dann wurde sie die Pflanzstätte der deutsch-baltischen Kultur, die der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft viele wertvolle Männer gegeben hat. Dorpats Glanzzeit dauerte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, wo wiederum die Woge der russischen Überfremdung zu steigen begann. Mit der Umnennung in Jurjew begann auch der geistige Verfall, der sich im großen Kriege vollendete. Ein Versuch der deutschen Okkupationsverwaltung im Jahre 1918, Dorpat als Stätte der Wissenschaft wieder emporzubringen, hatte nur kurze Dauer. Jetzt herrscht die junge Republik Estland über die alte Universität, an der auch heute noch eine Anzahl deutscher Hochschullehrer wirkt. Ein neuer geistiger Aufstieg Dorpats scheint zu beginnen, und wir hoffen zuversichtlich, daß das deutsche Element an dieser Universität auch künftig seine nationalpolitische Kraft im friedlichen Wettkampf der Geister zu bewähren Gelegenheit hat.

Die „Revalsche Zeitung", das führende und altangesehene Blatt der Deutschen in Estland hat zum Jubiläum der Universität Dorpat eine reichhaltige Festnummer erscheinen lassen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Unerbittliche Weiterungen der Wirtschaftskrise.

Die „öffentliche Hand" meldet sich.
Ausgleich einer sozialen Ungerechtigkeit.

Der im Wege eines Dekrets des Präsidenten der Republik, also durch eine Art Notverordnung in Kraft gesetzte Gesetzentwurf, der eine namhafte Kürzung der übermäßigen Gehälter und Tantiemen der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie der Direktoren der großen Industrie- und Handelsunternehmungen vorsieht, ist von der Wirtschaft mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die bisherigen Nutznießer hoher Gehälter, die das Glück hatten, hervorragende Posten in industriellen Betrieben zu erlangen, erblicken in dieser Maßnahme der Regierung einen ausgesprochen radikalen Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse der Unternehmen und lehnen den Weg einer Gesetzgebung, die einen systematischen Angriff gegen das Privatunternehmertum unternimmt, als unsozial und als einen gefährlichen Präzedenzfall ab. In anderen Kreisen, namentlich in jenen, welche die Schwere der Krise in ihrer vollen Wucht in Gestalt von Gehaltskürzungen, Lohnabbau und Entlassungen zu spüren bekommen, erblickt man in dieser behördlichen Maßnahme einen begrüßenswerten Schritt der Regierung gegen das hohe Verdienertum besonders privilegierter Klassen und als eine notwendige Revision langfristiger, die Privatwirtschaft empfindlich belastender Dienstverträge, die unter völlig anders gearteten Verhältnissen und bei einem viel niedrigeren Geldwert abgeschlossen worden waren. Die Regierung wiederum erklärt, daß sie mit dieser Notverordnung die Herabsetzung der Gestehungskosten in der Industrie, in erster Linie im Kohlenbergbau und im Hüttenwesen bezweckt, wo die Bezüge der Direktoren und Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsräten übermäßig hoch sind und sich im Rahmen von über hunderttausend Zloty bewegen. Sie gehorche damit nur einem Gebot der Zeit, wenn sie in ihrem Wirkungskreis dem immer stürmischeren Anprall der Absatzkrise durch administrative Verfügungen, die auf eine Herabsetzung der Produktionskosten hinauslaufen, zu begegnen sucht, mag auch bald dieses, bald jenes Gruppeninteresse hiervon schmerzlich berührt werden.

Die wichtigsten Bestimmungen des Dekrets über die Spitzengehälter in der Privatwirtschaft, die sich auf Aktiengesellschaften, auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf Genossenschaften und Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, auf Produzenten und Handelsverbände sowie auf staatliche und Kommunalbetriebe und Sozialanstalten beziehen, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisionskommission sind nach Tunlichkeit den Rentabilitätsmöglichkeiten des Unternehmens, seiner Steuerkapazität und der Verschuldung, dem Beschäftigungsgrad und dem Lohnniveau der übrigen Angestellten anzupassen. Als Anhaltspunkt für die unterste Grenze des Einkommens wird ein Monatsbezug von 2500 Zloty angegeben. In dieser Summe sind sämtliche Einnahmequellen, neben dem vertraglich vereinbarten Gehalt auch alle anderen Nebeneinnahmen in Gestalt von Dividenden, Provisionen, Gratifikationen u. a. m. inbegriffen. Es unterliegen demnach alle Jahreseinkommen über 30 000 Zloty den Bestimmungen dieses Dekrets, die jederzeit gekürzt werden können. Eine solche Kürzung kann erfolgen auf Grund des Beschlusses des Vorstandes des Unternehmens oder durch Gerichtsbeschluß, der entweder auf eigene Initiative oder auf einen Antrag zurückgeht, der beim Vorstand oder Aufsichtsrat des betreffenden Unternehmens gestellt wird. Solche Anträge können eingebracht werden: von einem oder mehreren Mitgliedern des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisionskommission, von den Finanzkammern, wenn das betreffende Unternehmen seit einem Jahr Rückstände in der Leistung von Steuern oder anderen öffentlichen Abgaben aufweist, und endlich vom Wohlfahrtsministerium in dem Falle, wenn das Unternehmen mit der Leistung der Löhne um 30 Tage zurückbleibt. Ist eine Einigung unter den Parteien nicht zu erzielen, so steht die Bemessung des Gehaltes dem Beschluß des zuständigen Bezirksgerichtes zu. Besonders wichtig ist jene Bestimmung des Dekrets, wonach allen von der Gehaltskürzung Betroffenen das Recht zusteht, die privatrechtlichen Dienstverträge vorzeitig mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. In diesem Falle kommen alle Leistungen in Gestalt von Vertragsstrafen oder Entschädigungen aus dem Dienstvertrag in Fortfall.

Mit diesem Dekret hat Polen auf gesetzlichem Wege eine Bresche in die Dienstverträge gelegt, die zwischen den Unternehmern und ihren Leitern noch aus der Zeit einer Hochkonjunktur bestanden, da der außerordentlich gute Geschäftsgang die Auswerfung von Riesengehältern noch gestattete. Seit dieser Zeit befindet sich die Wirtschaft in einer Art Erstarrung und selbst die wenigen noch aufrechten Großbetriebe müssen heute schwer um ihre Existenz kämpfen. Das Gedeihen der Wirtschaft hängt also heute mehr denn je von der Herabdrückung der Produktionskosten ab, für die der Abbau der Spitzengehälter eine der wichtigsten Bedingungen ist. Da diese Verträge von den leitenden Direktoren als eine Art unantastbares Heiligtum betrachtet werden, hat dieses Dekret bei ihnen einen Entrüstungssturm entfacht, der wenig zeitgemäß ist, denn wenn man die endlosen Kolonnen darbender Menschen betrachtet, die sich heute um den Empfang der Arbeitslosenunterstützung anstellen, fällt es nicht leicht, Verständnis für ein Dogma aufzubringen, das neben dem Massenelend der Beschäftigungslosen ein Gehaltsprivileg der Beschäftigten aufrichten will.

Im übrigen geht die Verordnung Wege, die auch schon im Auslande beschritten worden sind. Mit der Herabsetzung der Direktorengehälter folgt Polen nur dem Beispiel Deutschlands, das bereits vor Monaten einen ähnlichen Weg betreten hatte, als es durch Notverordnung die Spitzengehälter in Industrie, Bankwesen und anderen wichtigen Erwerbszweigen erheblich abbaute, wobei es von denselben Erwägungen ausging, von denen sich die Polnische Regierung beim Erlaß des neuen Dekrets leiten ließ, daß nämlich gegenwärtig, da für eine Wiederbelebung der Wirtschaft von außen keinerlei Aussicht besteht, alles getan werden müsse, um durch eine Herabsetzung der Produktionskosten sich den geänderten Verhältnissen anzupassen. Daß eines der wichtigsten Mittel hierzu der Abbau der Spitzengehälter in der Industrie ist, wagt heute niemand mehr ernstlich zu bezweifeln.

Denn die Bezüge der Direktoren bei der Mehrzahl der Industriekonzerne sind überdimensioniert. Bisher suchte man sich in diesen Kreisen gegen den Vorwurf der hohen Gehälter mit dem Hinweis zu verteidigen, daß der Anteil der Bezüge der Direktionsmitglieder an der Gesamtproduktionsbelastung ein sehr geringer sei, den man mit kaum 1 Prozent ansetzte. Indessen haben neuere Berechnungen ergeben, daß der Anteil der Direktionsgehälter an den Produktionskosten der Industrieunternehmungen 6, oft sogar 10 Prozent erreicht und daß die Summe der gesamten Personalausgaben mit 20—30 Prozent der Produktionskosten zu veranschlagen ist. Dazu kommt noch, daß in vielen Fällen derartig hohe Gehälter nicht nur den eigentlichen Leitern der Unternehmungen, sondern auch den Verwaltungsratsmitgliedern ausgezahlt werden, die sich ja um die eigentlichen Agenden des Unternehmens vielfach herzlich wenig kümmern.

Kein Wunder also, wenn die gewaltige Disproportion zwischen dem Hungerlohn eines Arbeiters oder mittleren Beamten und den bei der heutigen Konjunkturlage völlig ungerechtfertigten und wirtschaftlich unbegründeten Riesengehältern der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder in breiten Kreisen eine Welle der Erbitterung auslöste, die die Regierung schließlich veranlaßt sah, durch den Erlaß des neuen Dekrets der Unzufriedenheit der breiten Massen gewissermaßen einen Riegel vorzuschieben. Auf die Durchführung dieses Dekrets in der Praxis wird man gespannt sein müssen. Denn da die Bestimmungen sehr allgemein gehalten sind, erhebt sich die Frage, ob die zur Antragstellung auf Abbau der Spitzengehälter berufenen Faktoren im gegebenen Fall den entsprechenden Nachdruck in dieser Richtung ausüben werden.

Hundertprozentige Zollerhöhung für Korbweiden in Deutschland. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 14. Juni 1932 werden mit Inkrafttreten vom 1. Juli 1932 die Einfuhrzollsätze in Deutschland wie folgt geändert: Für geschälte Weiden, geschälte Stöcke und weiße Faßreifen von 3 Rmk. auf 6 Rmk. pro 100 Kg., für grüne Weiden, grüne Stöcke und graue Faßreifen von 0,55 Rmk. auf 1,25 Rmk. pro 100 Kg. Nachdem schon in letzter Zeit die Preise für Weidenartikel am Inlandsmarkte in erheblichem Maße zurückgegangen sind, dürfte mit dieser neuen eingreifenden Maßnahme jeder weitere Handel in Weidenartikeln mit Deutschland nach Ansicht von Fachkreisen als unterbunden gelten.

Differenzen zwischen Landwirtschaft und Industrie

In den letzten Tagen ist ein ernster Konflikt zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Organisationen Polens wegen der Einführung von Präferenzen für inländische Agrarrohstoffe ausgebrochen.

Die Landwirtschaftsorganisationen betonen, daß eine Lösung dieser Frage nicht im Wege freiwilliger Abmachungen der interessierten Teile, die zu nichts führen, sondern im Wege von Einfuhrverboten und prohibitiven Zollsätzen zu suchen sei, und zwar unter Zubilligung niedrig verzollbarer Einfuhrkontingente in einem Umfange, der etwaige Fehlbeträge der Inlandsproduktion deckt.

Dem gegenüber stehen die Industrieorganisationen, sowie die Industrie- und Handelskammern unter Hervorkehrung der Schädlichkeit von Zoll- und Reglementierungsmaßnahmen auf dem Standpunkt, daß das Präferenzsystem für Inlandsprodukte nicht durch rigorose Methoden realisiert werden könne.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Produzenten landwirtschaftlicher Rohstoffe in Polen in vielen Fällen noch nicht imstande seien, die Bedürfnisse der Landwirtschaft einwandfrei zu befriedigen. Außerdem sei der inländische Lieferant nicht in der Lage, so günstige Kreditbedingungen zu gewähren, wie der Auslandslieferant dazu imstande sei. Außerdem bringe der Mangel an einer entsprechenden Absatzorganisation, die eine Magazinierung inländischer Rohstoffe ermögliche, die Notwendigkeit mit sich, die Rohstoffe sogleich nach der Ernte einzukaufen, während ausländische Rohstoffe das ganze Jahr hindurch je nach Bedarf bezogen werden können. In vielen Fällen verbrauche die inländische Industrie aber schon zur Vermeidung des Imports heimische Rohstoffe, in anderen Fällen wiederum werden ausländische Rohstoffe bezogen, um eine Einfuhr Fertigfabrikate zu vermeiden.

Große Bedeutung hat nach Ansicht der Industriekreise auch die Tatsache, daß der Übergang zur Verarbeitung inländischer Rohstoffe ein Umbau der technischen Anlagen notwendig machen würde.

Angesichts dieser Sachlage könne es die Industrie allenfalls als rationell ansehen, wenn ein Zollschutz für Rohstoffe eingeführt werde, die auch im Inlande in ausreichenden Mengen und Qualitäten erzeugt werden, dagegen wäre nach Ansicht der polnischen Industrie eine Zollbelastung von Rohstoffen, soweit sie im Inlande nicht erzeugt werden, sehr schädlich und würde eine Verteuerung der Produktionskosten für gewisse Produktionszweige mit sich bringen.

Wie von polnischer zuständiger Seite verlautet, fehlen die geringsten Anzeichen dafür, daß in dieser Frage zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Verständigung erzielt werden könne. Die endgültige Entscheidung wird daher nach Durchführung entsprechender Untersuchungen von der Polnischen Regierung in nächster Zeit selbst getroffen werden.

Die polnische Maiseinfuhr.

Die Einfuhr von Mais zu Saatzwecken ist in Polen in diesem Jahre nur mit besonderer Erlaubnis des Industrie- und Handelsministers möglich. Im Vorjahr, in welchem dieses Einfuhrverbot noch nicht bestand, mußte der Importeur, der Mais aus dem Auslande bezog, konkurrenzfähig sein, um seine Ware rechtzeitig abzusetzen. Im anderen Falle konnte er den Mais nur noch als Viehfutter verkaufen. Demzufolge überstieg im Kleinhandel der Preis für Mais nicht 50 bis 60 Groschen je Kilogramm, obwohl der Auslandsbezug im Vorjahr teurer war, als jetzt.

Gegenwärtig sind die ersten Partien von ausländischem Mais in Kalisch aufgetaucht, wofür im Großhandel 90 Zloty je Doppelzentner und im Kleinhandel 1.20 Zloty verlangt werden. Gegen Ende der Saatzeit zeigten sich größere Mengen von Mais am Posener Markt, nachdem auch einige Posener Getreidefirmen die Erlaubnis zum Bezug aus dem Auslande erhalten haben. Trotzdem sind die Preise nicht unter 70 Zloty je Doppelzentner heruntergegangen. Im Kleinhandel zahlt man gegenwärtig 90 Groschen je Kilogramm.

Der Gewinn an einem 15-Tonnen-Waggon Mais beträgt bis zu 7 500 Zloty. Trotzdem erklärte ein Kalischer Maisimporteur, daß sein Verdienst verhältnismäßig gering sei, und zwar deswegen, weil die Vermittlung bei der Erlangung von Einfuhrgenehmigungen sehr teuer sei.(!)

Das Schicksal des „Stillhalte-Abkommens" für deutsche Privatschulden.

London, 2. Juli. (PAT.) Im Laufe des gestrigen Tages trafen die Vertreter der Handelsgläubiger Deutschlands zum ersten Male mit den hier weilenden deutschen Bankiers und den Vertretern der deutschen Industrie zusammen, um die Frage einer Regelung der verbleibenden Schuld von ca. 200 Millionen Pfund Sterl. zu besprechen. An der Unterredung nahmen die Vertreter der amerikanischen Banken, amerikanische, französische, Schweizer und holländische Delegierte teil.

Die erste Sitzung der Delegierten, die zu dem sogenannten „Stillhalteabkommen" gehören, fand unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Wiggin statt. Es handelt sich um die in Deutschland untergebrachten kurzfristigen Kredite in Höhe von 200 Millionen Pfund Sterling. Von seiten der Vertreter der deutschen Schuldner wurde die Forderung aufgeworfen, den Zinssatz von sieben auf fünf Prozent herabzusetzen. Als Begründung wurde die Tatsache der inzwischen eingetretenen Verbilligung des Kredites in den Vordergrund geschoben. Die Diskontsenkungen der letzten Zeit dokumentieren die Billigkeit am internationalen Geldmarkt. Von deutscher Seite soll ferner eine teilweise Streichung der Schulden verlangt worden sein. Im Falle der Nichtberücksichtigung der deutschen Forderungen bezüglich der Zinssenkung und der teilweisen Schuldenstreichung soll von deutscher Seite die Ankündigung eines Moratoriums für Privatschulden erfolgt sein. Die Sitzung soll sehr stürmisch verlaufen sein. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Die Lage am westpolnischen Geldmarkt.

Die seit der zweiten Hälfte des Vorjahres beobachteten Deflationserscheinungen dauern weiter an, wenn auch nicht mehr in so scharfer Form, wie in den letzten Monaten. Der den Industrie- und Handelsunternehmungen gewährte Bankkredit schrumpft immer mehr zusammen, da Handel und Industrie gleichzeitig zu Bargeschäften übergehen. Die Summe der Protestwechsel ist in Westpolen nach wie vor höher, als in den übrigen polnischen Teilgebieten. Durch nachstehende Aufstellung wird das starke Ansteigen der Protestwechsel in Westpolen erkennbar (in Millionen Zloty):

	Januar	Febr.	März	April	Mai
Polen (insgesamt)	97,4	88,4	86,6	76,7	110,6
Wojewodschaft Posen	8,4	7,7	7,8	8,5	11,7
Stadt Posen	3,8	3,2	3,0	4,6	6,0

Die unbefristeten Depositen zeigen Abströmungstendenzen, während sich die Spareinlagen ohne größere Schwankungen auf gleichem Niveau hielten.

Der Niedergang des Aktiengeschäfts nimmt immer katastrophalere Formen an. So werden beispielsweise an der Posener Börse nicht nur keine Aktientransaktionen, sondern auch keine Aktienkurse mehr notiert. Nur in Aktien der Bank Polski werden geringfügige Umsätze getätigt, wobei bemerkenswert ist, daß der Kurs dieser Aktie seit November vorigen Jahres von 110 auf 68 Zloty Ende Mai gefallen ist.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Juli auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardsatz 8½%.

Der Zloty am 1. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,30 bis 57,42, bar 57,32—57,44, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30, Wien: Ueberweisung 79,34—79,79, Prag: Ueberweisung 377,87—379,87, Paris: Ueberweisung 285,50, Zürich: Ueberweisung 57,55.

Warschauer Börse vom 1. Juli. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 174,30, 174,73 — 173.87, Helsingfors —, Spanien —, Holland 360,05, 360,95 —, 359,15, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 32,19 — 31,87, Newyork 8,917, 8,937 — 8,897, Oslo —, Paris 35,05, 35,14 — 34,96, Prag 26,38, 26,44 — 26,32, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 173,80, 174,23 — 173,37, Tallin —, Wien —, Italien 45,40, 45,63 — 45,17.

*) London Umsätze 32,05—32,00.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,25.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 1. Juli Geld	1. Juli Brief	In Reichsmark 30. Juni Geld	30. Juni Brief
3 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	3.217
3 %	1 England	15.08	15.12	15.16	15.20
2.5 %	100 Holland	170.13	170.47	170.23	170.57
9 %	1 Argentinien	0.948	0.952	0.948	0.952
5 %	100 Norwegen	74.43	74.57	74.78	74.92
5 %	100 Dänemark	82.17	82.33	82.62	82.78
6.5 %	100 Island	67.93	68.07	68.18	68.32
5 %	100 Schweden	77.32	77.48	77.82	77.98
3.5 %	100 Belgien	58.49	58.61	58.54	58.68
5 %	100 Italien	21.45	21.49	21.44	21.48
2.5 %	100 Frankreich	16.535	16.575	16.54	16.58
2 %	100 Schweiz	81.92	82.08	81.92	82.08
6.5 %	100 Spanien	34.67	34.73	34.67	34.73
—	1 Brasilien	0.325	0.327	0.325	0.327
5,84 %	1 Japan	1.149	1.151	1.149	1.151
—	1 Kanada	3.676	3.684	3.676	3.684
—	1 Uruguay	1.778	1.782	1.778	1.782
5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6.5 %	100 Finnland	6.813	6.827	6.840	6.857
5.5 %	100 Estland	109.39	109.61	109.39	109.61
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.79	13.81	13.84	13.86
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	6.693	6.707	6.693	6.707
7 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
7 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
5 %	100 Danzig	82.22	82.38	82.22	82.38
9	1 Türkei	2.018	2.022	2.018	2.022
11 %	100 Griechenland	2.747	2.753	2.747	2.753
—	1 Kairo	15.47	15.51	15.55	15.59
7 %	100 Rumänien	2.518	2.524	2.518	2.524
—	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.00

Züricher Börse vom 1. Juli. (Amtlich.) Warschau 57,55, Paris 20,17, London 18,43, Newyork 5,13½, Brüssel 71,35, Italien 26,16, Spanien 42,25, Amsterdam 207,25, Berlin 122,00, Stockholm 94,55, Oslo 90,75, Kopenhagen 100,00, Sofia 3,73, Prag 15,16, Belgrad 8,50, Athen 3,30, Konstantinopel 2,47½, Bukarest 3,36, Helsingfors 8,00, Buenos Aires —, Japan —.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Schein., 8,88 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfd. Sterling 31,74 Zl., 100 Schweizer Franken 173,12 Zl., 100 franz. Franken 34,91 Zl., 100 deutsche Mark 208,50 Zl., 100 Danziger Gulden 173,62 Zl., tschech. Krone 26,21 Zl., österr. Schilling —,— Zl.

Produktenmarkt.

Warschau, 1. Juli. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 25,00—25.50, Weizen 27,50—28,00, Sammelweizen 26,50—27,00, Einheitshafer 25,00—26,00, Sammelhafer 23,50—24,00, Grützgerste 21,00—21,50, Braugerste —,—, Speisefelderbsen 30,00—33,00, Viktoriaerbsen 30,00—34,00, Winterraps —,—, Rotklee ohne dicke Flachsseide —,—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —,—, roher Weißklee —,—, roher Weißklee bis 97% gereinigt —,—, Luxus-Weizenmehl 46,00—51,00, Weizenmehl 4/0 41,00—46,00, Roggenmehl I 41,00—43,00, Roggenmehl II 31,00—33,00, grobe Weizenkleie 14,50—15,00, mittlere 14,00—14,50, Roggenkleie 14,50—15,00, Leinkuchen 22,00—23,00, Rapskuchen 17,00 bis 18,00, Sonnenblumenkuchen 18,00—18,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen 14,00—15,00, gelbe 20,50—22,50, Peluschken —,—, Wicke 25,00—26,00.

Umsätze 556 to, davon 95 to Roggen. Tendenz anhaltend.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 1. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:

Weizen	23.75—24.75	Sommerwicke	—.—
Roggen	23.50—23.00	Blaue Lupinen	11.00—12.00
Gerste 64—66 kg	19.00—20.00	Gelbe Lupinen	14.00—15.00
Gerste 68 kg	20.00—21.00	Seradella	—.—
Braugerste	—.—	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	20.50—21.00	Senf	—.—
Roggenmehl (65%)	35.25—36.25	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	37.50—39.50	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie	10.50—11.50	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.50	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	12.50—12.75	Netzeheu	—.—
Raps	—.—	Leinkuchen 36—38%	—.—
Peluschken	—.—	Rapskuchen 36—38%	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	—.—		
Folgererbsen	—.—		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 60 to, Weizen 105 to, Roggenkleie 20 to, Weizenkleie 5 to.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 1. Juli. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 22,00—23,00 Zl., Roggen 21,00—21,75 Zl., Mahlgerste 19,00—19,50 Zl., Braugerste —,— Zl., Felderbsen —,— Zl., Viktoriaerbsen 22,00—25.00 Zl., Hafer 19,00—20,00 Zl., Fabrikkartoffeln —,— Zl., Speisekartoffeln —,— Zl., Kartoffelflocken —,— Zl., Weizenmehl 70% —,— Zl., do. 65% —,— Zl., Roggenmehl 70% —,— Zl., Weizenkleie 12,00—12,75 Zl., Roggenkleie 13,00—13,50 Zl. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation.

Gesamttendenz: schwächer.

Danziger Getreidebörse vom 1. Juli. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., rot und bunt 14,50—14,75, Roggen 14,15, Futtergerste 13,00—13,25, Roggenkleie 8,40, Weizenkleie 8,40 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise liegen nach wie vor unverändert. Die Nachfrage ist gering.

Juni-Lieferung.

Weizenmehl, alt 24,50 G., 60% Roggenmehl 24,00 G. per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 1. Juli. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 77—76 Kg. —,—, Roggen märk., 72—73 Kg. —,—, Braugerste 188,00—190,00, Futter- und Industriegerste 162.00—172.00, Hafer, märk. 156,00—160,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 30,25—34.25, Roggenmehl 25,60—27,40, Weizenkleie 10,00—10,50, Roggenkleie 10,00—10,50, Raps —, Viktoriaerbsen 17,00—23,00, Kleine Speiseerbsen 21,00—24,00, Futtererbsen 15,00—19,00, Peluschken 16,00—18,00, Ackerbohnen 15,00—17,00, Wicken 16,00—18,00, Lupinen, blaue 10,00—11,00, Lupinen, gelbe 14,50 bis 16,00, Serradella —,—, Leinkuchen 10,30—10,60, Trockenschnitzel 8,70. Soya-Extraktionsschrot 10,20—10,30, Kartoffelflocken —,—.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 1. Juli. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: 12 Ochsen, 4 Bullen, 8 Kühe; zusammen 14 Rinder; 361 Schweine, 256 Kälber, 18 Schafe, 141 Ferkel; zusammen 790 Tiere.

Aus Anlaß des kleinen Aufgebots fanden keine Notierungen statt.

Die Großpolnische Landwirtschaftskammer gibt folgende Preise für Bacon-Schweine für 100 kg bekannt:

Schweine loco Verlade-Station I. Kl. 76—80
" " " II. Kl. 68—72.

Berliner Viehmarkt vom 1. Juli. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 391 Rinder, darunter 61 Ochsen, 108 Bullen, 222 Kühe und Färsen, 137 Kälber, 1100 Schafe, — Ziegen, 566 Schweine, 559 Auslandsschweine.

Marktverlauf: Wegen zu geringen Marktverkehrs wurde von einer amtlichen Notierung abgesehen.

London, 30. Juni. Amtliche Notierungen am englischen Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons 41—47, Dänische Bacons 50—56. Polnische Bacons fielen im Preise um 2—5 Sh.